

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 273.

Sonnabend, den 21. November 1908.

15. Jahrg.

## Der Zusammenbruch des persönlichen Regiments!

Über dieses Thema spricht Sonntag vormittag 11 Uhr Reichstags-Abgeordneter Ledebour - Berlin im Vereinshaus.

Parteilosen! Arbeiter! Sorgt dafür, daß die Stimmung des größten Teiles der Lübecker Bevölkerung in der Frage des persönlichen Regiments durch einen Massenbesuch zum Ausdruck kommt!

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

### Die neuen Steuerprojekte.

Der ungeheuerliche Raubzug gegen das arbeitende Volk, den die Regierung unternimmt, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgebrochen werden. Selbst wenn die vorgeschlagenen Steuern in jeder Hinsicht allen Forderungen rationaler Steuerpolitik entsprechen würden, müßten sie verworfen werden. Einer Regierung, die alle kulturellen und freihheitlichen Bestrebungen des Volkes mit Füßen tritt, die in wahrstuniger Weise die Ausgaben für den Völkermord zu Wasser und zu Lande häuft, und die obendrein ihre krasse Unfähigkeit, die Interessen des Landes wahrzunehmen, zeigt, einer solchen Regierung bewilligt man überhaupt keine Steuern. Indessen ist es notwendig, die Steuerprojekte der Regierung eingehend zu untersuchen, um ihre Gemeingefährlichkeit darzutun und dieser Aufgabe sollen die nachfolgenden Artikel gewidmet sein.

#### 1. Die Biersteuer.

In der „Begründung“ werden die abgedroschenen Phrasen wiederholt, wonach das Bier „in den Kreis der reinen Genussmittel gehört, deren Verbrauch für den Lebensunterhalt nicht unbedingt notwendig ist und jederzeit ohne Schaden für die Gesundheit eingeschränkt werden kann“. Deshalb sei es „ganz besonders geeignet, als Träger einer indirekten Steuer zu dienen, weil zur Übernahme der an den Biergenuss gebundenen Steuerlast keinerlei in den Lebensbedingungen begründeter Zwang besteht und auch das Maß der Steuerleistung vollkommen in das freie Ermessen eines jeden gestellt ist.“

Das ist, mit Verlaub, offenkundiger Unsinn. Entweder hat der Minister, der das unterschreibt, keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen, oder aber — was ja in Deutschland heute leicht gesehen kann — er hat diese Begründung überhaupt nicht gelesen. Die Frage, warum in den sogenannten Kulturländern der Konsum alkoholischer Getränke rapid steigt, ist vielfach in der Literatur behandelt worden und gewissenhafte Forscher sind zu Ergebnissen gelangt, die leicht von jedem denkenden Menschen nachgeprüft werden können. Diese Ergebnisse lauten: wir alle leben und arbeiten unter naturwidrigen Verhältnissen; das erzeugt das unabwendbare Bedürfnis durch künstliche Reizmittel den Organismus aufzupeitschen und deshalb ist der Alkohol, der auf primitiver Kulturstufe nur bei festlichen Gelegenheiten, als Genussmittel im eigentlichen Sinne, in Betracht kam, zum notwendigen täglichen Konsumartikel geworden. Freilich ist das ein Schaden, ja ein großes Unglück für die Menschheit, denn der tägliche Gebrauch führt unabwendbar bei sehr vielen Menschen zum Mißbrauch, wobei dieser Mißbrauch häufig von jenen betrieben wird, die am wenigsten angestrengt arbeiten und sich außerdem rationell ernähren können. Dieser so häufige Alkoholmißbrauch ist zum Fluch geworden, weil er die Gesundheit vieler Tausende und damit die Lebenskraft ganzer Völker untergräbt. Das ist um so verhängnisvoller, als eben der Alkoholgenuss unausrottbar ist, solange die naturwidrige Arbeits- und Lebensweise dauert. Erst wenn die Herausgabung der Arbeitskraft geregelt, wenn die Ernährung und die Wohnungsweise der Menschen reformiert wird, kann dem Mißbrauch des Alkohols gesteuert werden. Solange die Verhältnisse bleiben wie sie sind, ist die Propaganda gegen den Mißbrauch notwendigerweise ohne durchgreifenden Erfolg. Was nun speziell das Bier betrifft, so ist zu beachten, daß bei einigen Völkern — besonders den Deutschen, Belgiern und Engländern — heute der Biergenuss in hohem Grade die Ernährungsweise beeinflusst. Wo alltäglich Bier getrunken wird, das Bier zum „Haustrunk“ geworden ist, da paßt sich die Küche, die Wahl und die Herstellungsweise der Speise dem an. Man kann nicht mehr einfach das Bier fortlassen und die Ernährung im übrigen unverändert lassen. Auch die Sitte spielt hier eine gewisse Rolle. Es mag ja bedauerenswert und schlimm sein, daß geselliger Verkehr ohne Biergenuss für Millionen von Menschen nicht mehr möglich scheint, es ist aber so. Zu alledem kommt die kapitalistische Ausnutzung der Lage: der Brauer

und der Kneipwirt haben die Macht, alle Menschen, die außer dem Hause speisen müssen, sowie die Menschen, die ihrem Vergnügen nachgehen, als auch selbst die, die in Versammlungen über wichtige Angelegenheiten sich beraten wollen, zum Biertrinken zu animieren, ja in gewisser Hinsicht zu zwingen.

Deshalb ist es ein offener Unsinn, zu behaupten, der Biergenuss und somit „das Maß der Steuerleistung sei vollkommen in das freie Ermessen eines jeden gestellt.“

Daß diese Steuer nun zweifellos die Armen stärker belastet als die Reichen, wird von keinem ernsthaften Politiker bestritten. Nach Verlofs Berechnungen (in den Jahrbüchern für Nationalökonomie) beträgt die Steuer bei Einkommen von:

4000—6000 Mk.	0,11 Proz.	des Einkommens
2000—4000 "	0,14 "	" "
1200—2000 "	0,32 "	" "
800—1200 "	0,25 "	" "
unter 800 "	0,22 "	" "

Der Plan geht nun dahin, keine wesentliche Änderung in der Art der Besteuerung vorzunehmen, sondern einfach die Sätze zu erhöhen. Bekanntlich wird die Steuer nach dem Quantum, des beim Brauen verwendeten Malzes berechnet und von den Brauereien erhoben. Dabei werden die kleinen Brauereien — angeblich „im Interesse der Landwirtschaft“ — bevorzugt: die Steuer ist um so höher, je größer das Quantum des jährlich von der Brauerei verarbeiteten Malzes. Ferner bestehen in Deutschland sehr verschiedene Sätze für die Steuer, da Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen eigene Gesetzgebung in dieser Angelegenheit haben, während die übrigen „Vaterländer“ zu der „Reichsbrauereigemeinschaft“ gehören. Nur die letzte untersteht der Reichsgesetzgebung. Nach der Berechnung des Ministeriums beträgt nun gegenwärtig die Steuer auf untergärtiges Bier annähernd durchschnittlich pro Hektoliter 1,78 Mk., in Bayern 2,73 Mk., in Württemberg 2,44 Mk., in Sachsen 2,80 Mk.

Die Reichseinnahme aus der Biersteuer beträgt zurzeit 50 Mill. Mark und Herr Sydow will durch seine „Reform“ nicht weniger als 100 Mill. Mark mehr heraus schlagen, also 140 Millionen erzielen. Das ist eine so ungeheuerliche Steigerung, wie sie kaum jemals bei einer indirekten Steuer vorgenommen worden ist! Es sollen die Sätze der Malzsteuer derart erhöht werden, daß der Durchschnitt von 7,11 Mk. pro Doppelzentner verarbeitetes Malz auf 17,20 Mk. steigt. Auf das Bier umgerechnet würde das eine Steuerbelastung von 4,30 Mk. statt bisher 1,73 Mk. pro Hektoliter ergeben.

Daß diese gewaltige Steigerung der Steuer von den kapitalistischen Unternehmern getragen wird, ist unbedingt ausgeschlossen. Sie wird voll auf die Konsumenten abgewälzt werden. Dies um so mehr, als ja von einer Konkurrenz der Brauereien untereinander schon lange nicht mehr die Rede ist und die Preise durch die bestehenden „Ringe“ festgesetzt werden. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß das Bier über den Steuerbetrag hinaus verteuert wird. Die Verteuerung des Bieres infolge der neuen Steuer beträgt 2,52 Mk. pro Hektoliter, also 2,52 Pfennige pro Liter. Da wird dann lustig nach oben abgerundet werden beim Schankpreise, oder aber es werden die Gläser kleiner gemacht werden und so die Konsumenten erst recht übers Ohr gehauen.

Es kann sich also nur darum fragen, wie die Konsumenten sich verhalten werden, ob der Konsum zurückgehen wird, oder nicht. Das erste ist wenig wahrscheinlich, da wie gesagt, die Einschränkung des einmal durch Gewohnheit und Sitte herbeigeführten Konsums nicht leicht durchzusetzen ist. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die Mehrausgabe für Bier weitgemacht werden wird durch Ersparnisse an anderen Ausgaben, und das gerade ist das Schädliche.

Herr Sydow will 100 Millionen mehr als bisher aus der Steuer heraus schlagen. Es fragt sich, ob die Staaten, die nicht zur Reichsbrauereigemeinschaft gehören, bei ihren jetzigen Sätzen bleiben werden, oder ob sie diese Sätze erhöhen werden. Das letzte ist wahrscheinlicher. Abgesehen davon bleibt es indessen auf keinen Fall bei einer Last von 100

Millionen für die Konsumenten, denn infolge jener „Abrundung“ dürfte das Bier um 120 Millionen Mark oder noch mehr verteuert werden. Die Bevölkerung des „Brausteuergebiets“, die davon betroffen wird, beträgt rund 48 Millionen. Somit würde eine Mehrbelastung von 2,5 Mark pro Kopf oder (zu 4 1/2 Köpfen gerechnet) um 11,25 Mk. pro Familie eintreten. Eine geradezu ungeheuerliche Belastung!

Eine derartige Mehrbelastung eines der wichtigsten und unter den bestehenden Verhältnissen unentbehrlichen Genussmittels ist unannehmbar.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

#### Zu Reichstag

wo es anläßlich der Verlesung einer ungarischen Synopathiekundgebung zu einer neuen Ehrung der Toten von Rabbod kam, wurden am Freitag Interpellationen über die Katastrophe, der diese Toten zum Opfer gefallen, von der Tagesordnung abgesetzt, weil sie erst im Anfang nächster Woche beantwortet werden sollen. Erster Redner aus dem Hause zu der nunmehr vorgenommenen Reichsfinanzvorlage war der alte temperamentlose Konfessionsvater v. Richthofen. Seine Rede war ein Hymnus auf die schönen indirekten Steuern und eine feierliche Verfluchung der Erbschaftsteuer als eines scheußlichen Aliments auf Familie und sonstige heilige Güter der Nation. Den Zusammenhang des Reichsdefizits und somit der neuen ungeheuerlichen dem Volke zugemuteten Belastung mit der Politik des persönlichen Regiments, des Militarismus zu Wasser und zu Lande, der überseeischen Abenteuer, der weltpolitischen Rodomontaden und Kraftmeiereien legte in klaren, von edler Verve getragenen Ausführungen Genosse Seyer dar. Als er in sehr berechtigter Weise das Schweigen des Reichskanzlers über die potsdamer Audienz rügte, stimmte der Chor der Rechten, das aus den Heintz- und Larikämpfern wohl bekannte Geschrei an. Den Ruhhandel, der alsbald losgehen wird, leitete eine Rede des reichsparteilichen Fürsten Hagfeld ein. Die Reichspartei, für die ja schon neuerlich Herr Gamp im „Tag“ in diesem Sinne geleistete, scheint irgend welche Ergänzungen anstatt der alten Linken so verhassten Erbschaftsteuer in petto zu haben und außerdem ein paar sogenannte Verbesserungen oder Erleichterungen zu mehreren der vorgeschlagenen indirekten Steuern beantragen zu wollen. Mit der Empfehlung einer Erweiterung des Hottentottenblocks durch Zutritt des Zentrums zu einem allgemeinen Ordnungs- und Steuerblock endete der dem allgemeinen Ordnungsbrei von Breslau-Ost entstiegene fürstliche „Volks“-Vertreter seine Ausführungen. Nach einem Mittelstandsgefeier des Antisemiten Raab wurde die Fortsetzung der Steuerdebatte auf Sonnabend verlagert.

#### Nationalliberale Bescheidenheit.

Das rheinische Organ der Nationalliberalen, die „Rheinische Zeitung“, ist von der Erklärung des Kaisers außerordentlich zufriedengestellt. Sie schreibt:

„Durch die Erklärungen, die der Kaiser dem Kanzler abgegeben hat, ist unseres Erachtens dem augenblicklichen Erfordernis genügt und eine schwere Sorge beseitigt. Ob und welche gesetzgeberischen Folgen den jetzigen Ereignissen zu geben sind, ist eine Frage, die späterer, ruhiger Erwägung vorbehalten bleibt. So wie sie die Sozialdemokraten sich denken, werden diese Folgen jedenfalls nicht ausfallen.“

Man kann daran ersehen, wie wenig ernst die nationalliberalen Interpellationen und die Rede des Abg. Baffermann gemeint waren. Diese Auslassungen entsprechen aber nur der alten Taktik der Nationalliberalen und können keinen Menschen überraschen, der diese Partei näher kennt. Wenn es auf die Nationalliberalen ankäme, dann käme man über tendenziöse, papierene Proteste überhaupt nicht heraus.

Der Blockliberalismus, beleuchtet von den Blockdemokraten.

Der demokratische „Hohenhausen“ schreibt zu den sozialdemokratischen Anträgen, betreffend



Abänderung der Reichsverfassung und zu dem Zentrumsantrag auf gesetzliche Regelung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers:

Nachdem diese Anträge vorliegen, wird dem Reichstag nichts anderes übrig bleiben, als noch einmal zu der hochwichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Diesmal aber wird es sich nicht mehr darum handeln können, daß bloß der Mund geklopft wird, diesmal muß gepöfien werden. Es wird dabei auch den Liberalen nichts anderes übrig bleiben als mitzutun, wenn sie sich bei ihren Wählern nicht vollends um jeden Kredit bringen lassen wollen. Wenn etwas bedauert werden muß, so ist es nur der Umstand, daß die Liberalen sich die günstige Gelegenheit, die sich ihnen bot, einmal wirklichen Liberalismus zu betätigen, entgehen und sich so gar vom Zentrum in der Betätigung liberaler Gesinnung den Vorrang ablaufen lassen. Hoffentlich machen die Liberalen bei der Beratung dieser Anträge wieder gut, was sie seit zwei Jahren und auch in der jüngsten Krisenangelegenheit am liberalen Geiste vermindert haben.

Die Blockliberalen mit ihrem Schwanz von Schwabendemokraten sind allerdings in sehr peinlicher Lage. Aber der „Hohenzollern“ ist ganz sicher, wenn er hofft, der Freisinn werde „pfeifen“; er wird es auch diesmal beim Mundspitzen bewenden lassen.

Aus dem Entwurf des Reichshaushalts für 1909 veröffentlicht die „Nordb. Allgem. Ztg.“ Auszüge, noch bevor diese amtlichen Druckfachen den Abgeordneten zugegangen sind.

Wir entnehmen diesen Auszügen das Folgende: Beim Reichsamt des Innern bezagen die fortwährenden Ausgaben rund 78 Millionen Mark, zirka 900 000 Mark mehr wie im Vorjahre. Die einmaligen Ausgaben sind um 4 Millionen zurückgegangen. In außerordentlichen Etat werden 14 Millionen Mk., 10 Millionen weniger als im Vorjahre gefordert und zwar 4 Millionen für den Bau von Kleinwohnungen und 10 Millionen für die Erweiterung des Nordostkanals.

Die Ausgaben für die Marine beziffern sich auf 290 1/2 Millionen Mk., 37 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Von dieser Summe entfallen 144 Millionen auf laufende Ausgaben, das sind 10 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Die einmaligen Ausgaben betragen 146 1/2 Millionen, über 27 Millionen mehr als im Vorjahre und im außerordentlichen Etat werden rund 110 Millionen Mark, 23 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre angefordert.

Für Schiffsbauten und Armierungen sind 219 1/2 Millionen Mk. angelegt, 48 1/2 Millionen Mk. mehr als im vergangenen Jahre. 55 Millionen davon müssen durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden; der Rest von 85 Millionen Mk. kommt auf Anleihe.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung rechnet mit Einnahmen im Betrage von 672 1/2 Millionen Mk. Davon kommen auf Porto- und Telegraphengebühren 627 Millionen Mk., der Rest auf sonstige Einnahmen. Die fortwährenden Ausgaben bei der Reichspost sollen 573 Millionen Mk. betragen. Die einmaligen Ausgaben nahezu 17 Millionen Mk. Der Überschuß der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt 82 1/2 Millionen Mk. Gegen das Vorjahr ist fast gar keine Steigerung zu verzeichnen. Im außerordentlichen Etat sind für Fernsprechanlagen 45 Mill. Mark angefordert.

Der Etat der Reichsdruckerei sieht eine Einnahme von rund 12 Millionen Mk. und eine Ausgabe von etwas über 8 Millionen Mk. vor. Der Überschuß weist gegen das Vorjahr ein Mehr von 369 000 Mk. auf.

Aus dem wichtigen Militär-Etat, dem Kolonial-Etat, und Etat der Reichseisenbahnen macht das Blatt noch keine Mitteilung.

#### Aus dem Wahlkreis Siegen.

Gegen den nationalliberalen Kandidaten Bergmann Vogel haben nunmehr die nationalliberalen Arbeiter einen eigenen Kandidaten in der Person des Bergmanns Karl Schneider aufgestellt. Von den Blockbrüdern kämpfen also dort um das Mandat ein Antifemist, zwei Nationalliberale und zwei Freisinnige. Der Wahlkampf verspricht unter diesen Umständen ganz besonders interessant zu werden.

#### Afrika-Peters will sei' Kuh' hab'n.

Peters hat die in Kirdorf gegen den „Bormärs“ angestregte Klage zurückgezogen, angeblich wegen der unmotivierten Terminverlegungen. In einer vielleicht erst zwei Jahre nach der Klagestellung stattfindenden Verhandlung könne er eine angemessene Sühne und Genugtuung nicht erblicken.

Die Motivierung des Schrittes ist äußerst abentheuerlich. Bekanntlich hat Herr Peters auch die Berufung gegen das Urteil in seinem Prozeß wider die „Münchener Post“ zurückgezogen. Die neuen Zeugen der „Münchener Post“, die diese für die Berufungsverhandlung angemeldet hat, schienen ihm nicht zu gefallen. Da der Prozeß des „Bormärs“ jedenfalls erst nach dem Münchener Prozeß hätte stattfinden können, so wird wahrscheinlich die Münchener Berufungsverhandlung die Erklärung für die merkwürdige Friedensliebe des Herrn Peters geben.

#### Protest gegen die Inkeratensteuer.

Der Verein deutscher Redakteure hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Petition gegen die Inkeratensteuer an den Reichstag zu senden mit der Begründung, daß diese Anzeigensteuer für den Stand der Redakteure in materieller wie sittlicher Beziehung die größten Gefahren in sich schließt. Die Anzeigensteuer sei grundsätzlich verwerflich und technisch undurchführbar; sie bedrohe besonders kleine und mittlere Blätter und deren Redakteure in ihrer Existenz. Sie berge in sittlicher Beziehung die Gefahr, daß die Redakteure vertrieben werden könnten, zur Umgehung der Anzeigensteuer Anzeigen und Redaktionen im redaktionellen Teil der Blätter aufzunehmen. Ein solches Vorgehen müsse zur Korruption der Presse führen und Ehre und Ansehen der deutschen Redakteure untergraben.

#### „Quatschköpfe“.

Im April vorigen Jahres erzählte die „Kölnische Volkszeitung“ zum Beweise der Verfallschätzung, die der Reichstag in gewissen Kreisen genieße, einen Vorgang in einem eleganten Restaurant in Berlin. Dort saß an einem Tische eine Gesellschaft, darunter ein Geheimrat und ein Major. Der Kellner brachte den Herren ein Abendblatt mit der Bemerkung, es stehe der Anfang der heutigen Reichstagsverhandlungen darin. Die Herren warfen einen Blick in das Blatt, legten es dann verächtlich beiseite, wobei der eine zum andern sagte: „Geht uns gar nichts an. Was die Quatschköpfe sagen, der Kaiser macht ja doch, was er will!“

Nach dem jetzigen Verhalten der bürgerlichen Parteien werden der Herr Geheimrat und der Herr Major mit Genehmigung konstatieren, daß die Ereignisse ihr Urteil von damals in vollem Maße bestätigt haben.

#### Der Platz an der Sonne!

Der Platz an der Sonne beginnt unangenehm warm zu werden! Erst kürzlich wurde darauf hingewiesen, daß sich in der chinesischen Provinz Schantung, wo das deutsche Pachtgebiet Kiautschou liegt, eine deutsch-feindliche Bewegung bemerkbar mache. Der „Köln. Ztg.“ wird nun aus Tjingtau mitgeteilt, daß sich die Bewegung besonders gegen die deutschen Bergbaukonzessionen richte. „Es hat sich eine sogenannte Bergbauhilfsvereinigung gebildet, die sich das Ziel gesetzt hat, die Deutschen zur Rückgabe der ihnen verliehenen Bergwerksgerechtigkeiten zu zwingen. Als Hauptmittel schwebt ihnen eine Aussperrung aller deutschen Erzeugnisse, aller deutschen Reedereien, aller Schulen und Anstalten, die Deutsche beschäftigen, vor. Der Gouverneur der Provinz Kiautschou hat zwar sofort amtlich die Aufhebung der Bergbauhilfsvereinigung verfügt, von weiteren amtlichen Maßnahmen ist aber nichts bekannt geworden, und es ist, wie den Ausländern, so natürlich erst recht den Chinesen in der Provinz, bekannt, daß der Gouverneur im Grunde seines Herzens den Ausländern keineswegs günstig gesinnt ist, was er in seiner Stellung als Tao-tai von Schanghai im Jahre 1905 zu zeigen Gelegenheit gehabt hat.“

Schon jetzt wird über Schanghai despektiert. Die Sperre, die die chinesischen Einfuhrhäuser von Schantung gegen Tjingtau eröffnet haben, nimmt ernstere Formen an. Sie machen den ernsthaften Versuch, den Einfuhrhandel wieder über Tschifu zu leiten. Tatsächlich hat die Schifffahrt von Schanghai und Japan nach Tjingtau nahezu aufgehört. Die Ursache liegt teilweise in dem den Chinesen übermäßig erdrosselnden Steuerdruck. Allerdings wird die Sperre auch dort fortgesetzt, wo die Steuerlast von den nichtchinesischen Reedereien getragen wird und wendet sich neuerdings auch in diesem Falle gegen Tjingtau. Der Kampf lautet: Schantung und die Schantungsbahn für die Schantungleute! In Tjingtau wie in Schanghai wird vielfach der Wunsch laut, das Gouvernemen! möge die Rädelsführer der Sperrbewegung zur Rechenschaft ziehen.

Es wäre echt preußisch-deutsch, wenn das Gouvernemen! von Kiautschou einige Boykottprozesse einleitete. Aber erreichen würde es damit natürlich nur eine Verschärfung der Sperre. Auf alle Fälle kommt auch bei dem Meisterstreich der deutschen Weltpolitik, der „Pachtung“ Kiautschous, auf die Dauer nur Unheil heraus. Dafür sind Hunderte von Millionen ausgegeben worden.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntagsab., den 21. November.

**Achtung Zimmerer!** Wegen Affordarbeit ist über die Affordanten (Zwischenmeister) Satow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

**Achtung Zimmerer!** Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Gethorst ist seitens der Zahlstelle Stofelsdorf die Sperre verhängt.

**Achtung Maurer!** Wegen Affordarbeit ist über die Affordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburg und Albe Nr. 51, Fabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21-23, Grünmühle in der Hafenstraße, Sielbau Markt, Kalkenhot bei Schwartau.

**Achtung Bauarbeiter!** Über die Sielbauarbeiten in der Marienstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgelegten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Affordanten H. Mädel und F. Fabs in Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

**Arbeitslosen-Zählung.** Am Montag den 23. November dieses Jahres findet eine vom Gewerkschaftsamt bezifferte Zählung der Arbeitslosen in sämtlichen Gewerkschaften statt. In die arbeitslosen Gewerkschaftskollegen wird hiermit das Ersuchen gerichtet, sich am Montag den 23. November bei ihren Zahlstellen-Vorständen zur Eintragung zu melden. Wer von seinem Bezirksvertrauensmann, Zeitungsboten oder Beitragsbeisammler eingetragen ist, braucht sich nicht zu melden. Wir richten an alle Gewerkschaftsmitglieder das dringende Ersuchen, darauf zu achten, daß ihnen bekannte Arbeitslose sich am Montag bei ihren Vorständen zur Eintragung melden. Nur dann ist es möglich eine brauchbare Statistik aufzustellen, wenn alle sich in den Dienst der guten Sache stellen.

Die Gewerkschafts-Vorstände werden gebeten, die Karten und die Listen sofort nach Feststellung, spätestens am Mittwoch den 25. November an die Kartellkommission gelangen zu lassen. Wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind, ist die Zählkarte trotzdem einzuliefern.

#### Die Kartellkommission.

Den Parteien Bülow antelegraphiert haben gestern Abend die hiesigen Nationalliberalen aus Freude darüber, daß der Mann noch im Amt bleibt. Sonderbare Schwärmer! Erst regt man sich über den Skandal auf und wenn dann ein paar unvermeidliche Redewendungen gefallen sind, sonst aber alles beim alten bleibt, schießt man vor Ver-

güßen Wurzelbäume. Es ist da nicht uninteressant, einmal zu hören, was darüber ein nationalliberales Blatt, die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt: „Zubel herrscht in einem großen Teile der deutschen Presse ob der offiziellem Berührung im „Reichsanzeiger“. Bewundert fast man sich an den Kopf und fragt sich, was denn Wunderbares im deutschen Lande geschehen ist? Wohin ist das mächtige Raufschien des deutschen Blätterwaldes, wenn eine gewöhnliche Erklärung des kaum erwachten deutschen Michel so schnell wieder einschläfen kann. Wahrhaftig, es erinnert daran, mit wie wenig Verstand sich die Welt regiert und manches deutsche Blatt redigiert wird. Wieder regen sich die Flaumacher und Leisetreter, so daß man sich noch immer in einer politischen Kinderstube zu befinden glaubt, in der niemand aus den Geschehnissen lernt, sondern sich bei jedem neuen verwundert die Augen reibt und für einen Augenblick erwacht. Man verlangt Stetigkeit an anderer Stelle und setzt selbst im wunderbarsten Zirkus. Die guten Seelen haben eben 20 Jahre lang vom persönlichen Regiment nichts bemerkt, als Marksteine der Weltgeschichte jede Denkmalsentfaltung beiseite, das Kaiserinterview bis zuletzt als gut und nützlich verherrlicht, und waren nur durch den Unwillen ihrer Leser schließlich aus ihrem byzantinischen Festesrausch aufgeweckt worden. Sie bemerken natürlich die erste Gelegenheit, um ins alte liebgeordnete Gleise wieder einzulenken. Sie haben alles vergessen und nichts dazugelernt.“ — Diese Ausführungen sind den Lübecker Nationalliberalen und den ihnen nahestehenden Leuten geradezu auf den Leib geschrieben.

Die Reichsfinanzreform steht im Reichstag jetzt zur Debatte. Aus allen Gegenden und Berufen erlösen Proteste gegen dieses Angeheuer. Da ist es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, sich über die Haltung aller Parteien zur Steuerfrage Klarheit zu verschaffen. Die zahlreichen politischen und gewerkschaftlichen Zeitungen in der Bücher- und Lesehalle der Genossenschaftsbücherei geben jedermann beste Gelegenheit zur Aufklärung. Für Wissensdurstige und zur Unterhaltung liegen außerdem eine große Anzahl illustrierter Zeitschriften aus. Die Lesehalle ist an Wochentagen bis abends 9 1/2, an Sonntagen bis 9 Uhr geöffnet. Für Jugendliche besonders bestimmt ist Sonntags um 5 Uhr eine Vorlesung sowie verschiedene Spiele. Unsere Leser wollen Veranlassung nehmen, Söhne oder Bekannte im jugendlichen Alter auf den Besuch der Lesehalle hinzuweisen.

Zur Ausperrung in den Kalkwerken Furillen der Firma L. Woschke u. Co. erhalten wir folgende Zuschrift:

Lübeck, den 20. November 08.  
Redaktion des „Lübecker Volksboten“

Hier.  
Kalkwerk Furillen.  
Vom Verwalter des Kalkwerkes Furillen erhalten wir die Mitteilung, daß in Ihrer Zeitung mehrfach Notizen über Arbeiterausverrichtungen in Furillen enthalten gemeldet sind, die den Tatsachen nicht entsprechen. Wir benachrichtigen Sie deshalb, daß die wirklichen Verhältnisse folgendermaßen liegen:

Der Verdienst der Arbeiter nach den früheren Afford- und Tageslohnsätzen hat im September ds. Jz. bei einer zehntätigen Arbeitszeit 5,18 Kr. gleich 5,84 Mk. pro Tag betragen. Mit diesem Verdienst waren die Arbeiter nicht zufrieden, sondern verlangten außer verschiedenen anderen, das Kalkwerk erheblich belastenden neuen Vergünstigungen, eine Erhöhung der Afford- und Stundenlohnsätze von 5 bis 15 Proz. und die Festlegung dieser Sätze auf ca. 1 1/2 Jahre. Falls diese Bedingungen nicht akzeptiert würden, sollte sofortiger Streik erfolgen.

Da bei dem bisher schon unrentablen Betrieb des Kalkwerkes in Furillen derartige weitere Lohnerhöhungen ausgeschlossen waren, so sind die Arbeiter ordnungsmäßig gekündigt worden. Ein anderer Ausweg blieb nicht übrig, denn die Arbeiter waren mit den bisherigen Lohnbedingungen nicht zufrieden, andererseits konnte das Kalkwerk neue Lohnerhöhungen nicht bezahlen. Von einer Ausperrung der früheren Arbeiter kann demnach nicht die Rede sein.

Da wir voraussetzen, daß Sie Wert darauf legen, Ihren Lesern einen wahrheitsgetreuen Bericht über diese Angelegenheit zu erstatten, so geben wir Ihnen obige Daten, die wir selbst auf ihre Richtigkeit geprüft haben, hierdurch bekannt.

Hochachtungsvoll  
ppa. L. Woschke u. Co.  
Schwabroch.

Wie uns f. Zt. von der Leitung der Arbeiterorganisation mitgeteilt wurde, liegt die Sache so, daß von den Arbeitern 42 Dre Stundenlohn sowie ferner freier Arzt, Medizin und Reise zum Arzt gefordert worden sind. Dann haben Verhandlungen stattgefunden, die aber durch den Verwalter Wendt lange hinausgezogen wurden. Am Mittwoch, den 21. Oktober sei dann endlich aus Lübeck der Bescheid gekommen, sämtliche Arbeiter sofort abzulohnen und sie anzuweisen, binnen drei Tagen Furillens Insels zu verlassen. Das klingt etwas anders wie die Zuschrift der beteiligten Firma, in der übrigens selbst zugegeben wird, daß die Arbeiter gekündigt wurden, weil sie mit den bisherigen Löhnen nicht zufrieden waren. So etwas nennt man im gewöhnlichen Leben eine Ausperrung. Es wäre auch interessant gewesen, zu erfahren, worin denn die „verschiedenen anderen“ das Kalkwerk erheblich belastenden Vergünstigungen“ bestehen und wie hoch denn der Stundenlohn war. Schade, daß sich das Schreiben darüber ausschweigt.

**Gewerbegericht.** Sitzung am 20. November. Der Arbeiter K. hat im Juli vorigen Jahres beim Fuhrwerksbesitzer W. gearbeitet, ist dann erkrankt und macht jetzt noch eine Lohnforderung von 5,00 Mk. geltend. W. bestreitet diese Forderung, zahlt aber im Vergleichswege 1,00 Mk. — Der Maschinist Sch. ist seit Anfang dieses Jahres auf dem Hochofenwerk beschäftigt gewesen. Er ist aus Schlesien nach hier zugezogen; die Umzugskosten für sich und seine Familie sind von dem Wert zunächst bezahlt, dann aber nach und nach bei den Lohnzahlungen dem Sch. wieder abgezogen worden. Am 12. Novbr d. J. wurde Sch. plötzlich entlassen. Er klagt nun gegen das Hochofenwerk auf Zahlung von 140,61 Mk. und zwar für zu Unrecht abgezogene Umzugskosten 77,61 Mk. und Lohn für 14 Tage wegen ungerechtfertigter Entlassung gleich 63,00 Mk. Das Wert ist durch den Obergerichtsw. vertreten. Dieser bestreitet den ersten Teil der Forderung und behauptet, daß Kläger nach der Arbeitsordnung, wegen Trunkenheit im Dienste mit Recht entlassen sei. Kläger zieht nach einer Aussprache den ersten Teil der Klage zurück, hält aber den zweiten Teil aufrecht und benennt noch einen Zeugen, der bekunden soll, daß er nicht erheblich betrunken gewesen, sondern durch Einatmen von Gasen in seinen Zustand versetzt worden sei. Dieser Zeuge soll am nächsten Freitag vernommen werden. Sch. legt noch einige Lohnausweise vor, auf Grund deren er behauptet, von dem Wert überverteilt zu sein. Der Vertreter des Hochofenwerks will diese Sache bis zum nächsten Freitag klarstellen. Daraus wird der Termin vertagt. — Der Bauarbeiter Sch. klagt für seinen minderjährigen Sohn, den Zimmerleh-



ling Sch. gegen den Baunternehmer H. auf Zahlung von 9 Mrk. rückständigen Lohnes, 3,89 Mrk. zuviel abgezogener Inzahlungbeiträge und Aufhebung des Lehrvertrages. Sch. ist bei H. seit Mai d. J. in der Zimmerlehre. Nach einer vierwöchentlichen Probezeit ist nach der Behauptung des Meisters dem Lehrling gesagt worden, daß er auch zu häuslichen Arbeiten, wie Aufräumen und Holzzerkleinern, mitverpflichtet sei. Es ist dann zum Abschluß eines Lehrvertrages gekommen, der nur nach Zahlung von 100 Mark seitens des den Vertrag vorzeitig und zu Unrecht lösenden aufgehoben werden konnte. Im Anfang dieses Monats kam es zwischen dem Lehrling resp. dem Vater desselben und dem Meister wegen der häuslichen Arbeiten zu Differenzen, auf Grund deren die obige Klage entstanden ist. Der Lehrling erklärt die erhobene Behauptung an und zahlt den Betrag sofort an die klägerische Partei aus. Bezüglich des weiteren Klageanspruches besteht er auf Fortsetzung des Lehrvertrages oder Zahlung einer Entschädigung von 100 Mrk. Der Vater des Lehrlings will aber den Vertrag gelöset wissen und erhebt ebenfalls auf 100 Mrk. Entschädigung Anspruch, da sein Sohn von dem Meister angeblich die Treppe hinuntergeworfen sei. Das Gericht gibt dem Kläger den Rat das Lehrverhältnis fortzusetzen, da ein ausreichender Grund für Aufhebung desselben nicht vorhanden sei. — Der Arbeiter S. war bei dem Schlachtermeister W. in Stellung und will von diesem ohne Kündigung entlassen sein; er fordert deshalb im Klagewege eine Entschädigung für eine Woche ortsüblichen Tagelohnes mit 19,20 Mrk. Schlachtermeister W. behauptet den Kläger nicht sofort entlassen, sondern ihm auf dessen Frage, wann er denn gehen könne, nur geantwortet zu haben, keinetwegen könne der Kläger sofort gehen. Dies wird auch von S. nicht bestritten. Der Kläger zieht auf Anraten des Gerichts seine Klage zurück. — Der Tischler K. hat von dem Tischlermeister W. für verdienten Lohn 32,42 Mark zu fordern. Dies wird von dem Beklagten nicht bestritten; er hat sich auch nicht geweigert, den Lohn zu zahlen, er habe nur von dem Kläger verlangt, er solle vorerst sein Werkzeug in Ordnung bringen, sein Arbeitsbuch ausfüllen und sein Krankentagebuch vorzeigen. Er sei eigentlich erkrankt über die erhobene Klage. Kläger stellt die Sache etwas anders dar; er erhält aber die strittige Summe, abzüglich zweier Wochen Krankentage, mit 31,28 Mrk. an Gerichtsstelle ausbezahlt. Kläger überreicht seinem früheren Meister einen Zettel, worauf die in der letzten Woche geleisteten Arbeiten notiert sind. Damit ist die Klage erledigt. — Der Arbeiter W. stand bei dem Abbruchunternehmer H. seit Mitte dieses Jahres in Arbeit. Im September konnte er bei einer anderen Firma dauernde Beschäftigung erhalten. Er forderte deshalb von H. seine Entlassung, ließ sich aber von diesem bereuen, zu bleiben, unter dem Versprechen, daß er, solange Abbrucharbeiten vorhanden seien, beschäftigt werden sollte. Am letzten Sonabend ist W. nun plötzlich entlassen worden; er verklagt nun den Unternehmer auf Wiedereinstellung in die Arbeit oder Zahlung einer angemessenen Entschädigung. K. will dem Kläger kein so festes Versprechen gegeben haben, erklärt sich aber auf dringendes Zureden des Vorsitzenden bereit, den Kläger wieder einzustellen. — Eine weitere Klage, die sich gegen das Hochfensterwerk auf Zahlung von 66 Mark richtete, war dadurch erledigt, daß die betragte Firma Freitag morgen die Summe per Post an den Kläger abgab.

Das Schlichtergericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Eisendreher Hundt, welcher erstens der Aufforderung zum Verbrechen gegen das feindliche Leben und zweitens des Meineides bezichtigt wurde. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig, worauf das Gericht H. zu 18 Monaten Gefängnis verurteilte.

**Aufgehobenes Kontursverfahren.** Das Kontursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hartag Stoppelman in Lübeck, z. Zt. unbekanntem Aufenthalts, ist, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, aufgehoben worden.

**Bevölkerungsbewegung im Monat Oktober 1908.**

(Die Angaben beziehen sich auf die Stadt Lübeck.) Die Geschiebungen betragen 125 gegen 66 im Vormonat (126 im Oktober 1907), auf 1000 Einwohner berechnet 15,48 gegen 7,18 im Vormonat (15,72 im Oktober 1907 und 13,58 im zehnjährigen Oktob.-Durchschnitt.) Lebendgeburten erzielten 195 gegen 245 im Vormonat (208 Okt. 1907), auf 1000 Einwohner berechnet 24,95 gegen 31,40 i. V. (25,95 Okt. 07 und 28,53 im zehnjährigen Oktob.-Durchschnitt.) Totgeburten fanden 12 statt, im Vormonat 8. Inzuchtlich geboren wurden 18 Kinder geg. 28 i. V. (29 Okt. 07). Die Zahl der Sterbefälle (ohne Totgeburten) belief sich auf 119 gegen 124 i. V. (126 Okt. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 14,69 gegen 15,88 i. V. (15,72 Okt. 07 und 15,08 i. zehnj. Okt.-Durchschnitt.) Einschließlich der Totgeburten hat die Zahl sämtlicher Geburten 206 geg. 253 i. V. (217 Okt. 07), sämtlicher Sterbefälle 131 gegen 132 i. V. (135 Okt. 07) betragen. Der Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen war hiernach 75 gegen 121 i. V. (82 Okt. 07), auf 1000 Einwohner berechnet 9,26 gegen 15,51 i. V. (10,28 Okt. 07 und 13,45 im zehnjährigen Okt.-Durchschnitt.) Unter 1 Jahr alte Kinder starben 39 gegen 49 i. V. (50 Okt. 07), über 70 Jahre alte Personen 25 gegen 25 i. V. Unter den Todesursachen sind zu erwähnen: Angeborene Lebensschwäche 8 (gegen 10 i. V.), Alterschwäche 5 (8), Keuchhusten 2 (1), Typhus 0 (1), Tuberkulose der Lungen 4 (11), Tuberkulose andere Organe 1 (1), Lungenerkrankung 8 (8), Influenza 0, Krankheiten der Atmungsorgane 6 (4), Krankheiten der Kreislauforgane 12 (5), Gehirnschlag 8 (7), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 20 (28), Krebs 13 (4), Selbstmord 1 (0), Totschlag —, Verunglückung 5 (3). In den Monaten vom 1. Januar bis 30. Oktober 1908 betrug die Zahl der Eheschließungen 704 (658 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), oder auf 1000 Einwohner 8,88 (8,87 im Jahre 1907 und 8,30 im zehnjährigen Durchschnitt), der Lebendgeburten 2203 (1907: 2208) oder auf 1000 Einwohner 27,64 (28,09 im Jahre 1907 und 29,63 im zehnjährigen Durchschnitt), der Sterbefälle 1309 (1907: 1247) oder auf 1000 Einwohner 16,42 (15,86 im Jahre 1907 und 16,89 im zehnjährigen Durchschnitt), der Geburtenüberschuß 894 (1907: 961) oder auf 1000 Einwohner 11,22 (12,23 im Jahre 1907 und 12,74 im zehnjährigen Durchschnitt).

**Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1908/09** ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz, die Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 21. bis 30. November d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

**Nationaler Schweinefeste.** Unter den Schweinen des Milchhändlers Böttcher hier selbst, Wandstraße Nr. 8, ist die Rotlaufpeste ausgebrochen. Der Stall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

**Diebstahl.** In der Herberge zur Heimat wurden am 20. ds. Mts. gegen Abend einem zugereisten Fremden ein Paar fast neue Schaftstiefel gestohlen. Ein anderer Fremder, der dringend verdächtig ist, sich die Stiefel angeeignet zu haben, weil er sich an dem Rückack des Bestohlenen zu schaffen gemacht hatte, wurde festgenommen. Die Stiefel dürfte er in hiesiger Stadt verkauft haben. — Von einem Wagen eines hiesigen Kaufmannes, der am

20. d. Mts. gegen 8 Uhr kurze Zeit in der Fackelburger Allee an der Ecke der Adlerstraße ohne Aufsicht hielt, wurde eine Blechdose mit Kräuter-Brutbonbons gestohlen. Die Dose trägt die Bezeichnung „A. M.“

**Kaiser-Panorama, Breitelstr. 53 I, Flögel.** Die gegenwärtig ausgestellte Serie erweckt besonderes Interesse; sie zeigt uns die Schätze des Louvre- und Luxemburg-Museums in Paris. Jedes einzelne der ausgestellten Bildhauerwerke ist ein Kunstwerk. Wir sehen u. a.: Diana im Bade, Merkur und Psyche, Amor und Psyche, Die Wachen, Der Blonde und Der Sichtbrüchige, Die Mutter der Gracchen, Goa vor dem Sündenfall, Die Unsterblichkeit usw. Es sollte daher niemand versäumen, die dieswöchentlichen Bilder, welche übrigens nur für Erwachsene ausgestellt sind, zu besichtigen. Dieselben entzücken sowohl das vermöhnte Auge des Kenners, als überhaupt eines jeden Beschauers.

**Staus-Theater.** Die Soubrette Grete Gallus erobert sich allabendlich durch ihre gebiegene Vorträge und die Unverwundlichkeit ihres Humors und ihres Auftretens den Beifall des gesamten Publikums und wir sind überzeugt, daß am morgigen Sonntag Grete Gallus ein besonders reiches Repertoire mitbringen muß, will sie den Beifall verstümmen machen. Auch die Automaten-Compagnie wird auf ein Viertelstündchen die Gemüter gefangen halten und die Lachmuskeln in Bewegung setzen, was auch der Humorist Paul Coradini zu Wege bringen wird, da er in seinem grotesken Genre ohne gleichen dasteht. Wir machen auf die morgigen Sonntagsvorstellungen umso mehr aufmerksam, als es die letzten sein werden, in denen Grete Gallus auftritt. Für die Nachmittagsvorstellung sind die Preise ermäßigt.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Sonntag gelangt die sensationelle Operette „Ein Walzertraum“ von Oskar Strauß, in der bekannten Besetzung zum vierten Male zur Aufführung. — Am Montag geht Verdis große Oper „Der Troubadour“ nochmals in Szene. Die Partie des Graf Luna wird diesmal von Herrn Langefeld gesungen. — In Vorbereitung befindet sich die phantastische Komödie „Der Diamant“ von Friedr. Hebbel, sowie C. M. von Webers romantische Oper „Der Freischütz“.

**Stadthallen-Theater.** Morgen Sonntag abend 7 1/2 Uhr geht die mitsingvolle Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ von Albert Bozzanard in Szene. In den Hauptrollen des Stückes sind die Herren Stahl-Nachbar, Lassen, Albert, Albin, Meynaber, Reichmeyer, Kalbeck und Krohmann, sowie die Damen Kiemer, Walter, Scheuren und Buresch beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Albert.

**Kücknitz.** Eine Volksversammlung findet hier morgen, Sonntag nachmittag 4 Uhr, im Saale des Herrn Dieckmann statt. Reichstagsabgeordneter Th. Schwarzh-Lübeck wird über „Die politische Lage und 500 Millionen neue Steuern“ sprechen. Die Einwohnerschaft von Kücknitz und Umgegend tut in ihrem eigensten Interesse gut, diese Versammlung zu besuchen.

**Mülin.** Die Wahl des Bürgermeisters Detken ist nach Meldung bürgerlicher Blätter von der Regierung in Schleswig für ungültig erklärt und eine Neuwahl angeordnet worden. Besonders die Freisinnigen tiefen Sturm gegen diese Wahl.

**Schöe.** Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der Wahl zweier Stadtverordneten siegte die Sozialdemokratie über die vereinigten bürgerlichen Parteien. Die beiden bürgerlichen Kandidaten erhielten 698 bzw. 601, die beiden Sozialdemokraten 609 bzw. 611 Stimmen. Im ganzen haben 50 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben. — Bei der letzten Wahl erhielten unsere Kandidaten nur 330 Stimmen.

**Reumünster.** Große Feuer. In der Nacht zum Freitag kam auf dem Gute Immenhof bei Großnaspe ein gewaltiges Schandfeuer zum Ausbruch. Es nahm im Viehstalle seinen Anfang und vernichtete das in der Nähe belagene Herrenhaus, sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und die gesamten Futtermittelvorräte. Der Gesamtschaden ist sehr groß und für den Besitzer Theod. Carstens um so empfindlicher, weil er nur unvollkommen versichert war. z. B. auf kein Mobilar, das mitverbrannte, gar nicht. Wertet sind 6 Pferde und 50 Stück Hornvieh. Die Entstehungsurache des Brandes konnte nicht festgestellt werden. — Wildernde Hunde zerrissen in der Freitagnacht in der Nähe der Stadt 40 Schafe im Werte von mehreren Hundert Mark.

**Kiel.** Selbstmord eines Kriegsgerichtsrats. Marinekriegsgerichtsrat Lamafsch vom Gericht der ersten Marineinspektion hat sich heute nachmittag in seiner Wohnung erschossen, weil sich ein schweres Magenleiden, das er sich während seiner mehrjährigen Kommandierung beim Kreuzergeschwader in Ostafrika zugezogen hatte, fortwährend verschlimmerte, sodaß eine Heilung ausgeschlossen erschien.

**Hensburg.** Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl siegten die bürgerlichen Parteien mit 17 Stimmen Mehrheit noch einmal über die Sozialdemokraten. Diese brachten es auf 704 Stimmen, während die bürgerlichen Kandidaten Lassen und Kreisfamer 721 Stimmen erhielten. — Mord. Als der Landmann Töge Tychsen-Krammar am Sonntag nachmittag bei Krammar jagte, fand er, der „Sonderb. Jtg.“ zufolge, die Leiche eines jungen Mädchens, dem der Hals durchschnitten war. Es war die Magd Helene Broderfen, beim Hofbesitzer Andreas Jürgensen in Gammelgab dienend.

**Seide.** Große Feuer. In der Nähe von Hennstedt wurde der Besitz des Anwohners P. Möller total entzückt. Das Feuer ist durch Explosion einer Lampe im Stall entstanden. Der Besitzer erleidet großen Schaden, da er nur wenig versichert ist.

**Wilhelmshaven.** Wilhelmshavener Polizei Am Montag hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts in Aurich der Wilhelmshavener Polizeikommissar Basser, der Wachmeister Evers von dort und ein früherer Schuttmann wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen im Amt, zu verantworten, die sie in den Jahren 1904 bis 1906 begangen hatten. Unser Hantel Bruderorgan kritisierte vor etwa zwei Jahren schon einmal das Auftreten der Wilhelmshavener Polizei, als diese beim Transport von Ausländern ohne ersichtlichen Grund von der Waffe Gebrauch gemacht und einen Ausländer schwer verletzt hatte. Da den polizeilichen Aussagen damals solche von Personen, die den Vorgang nur von weitem gesehen hatten, gegenüberstanden, erfolgte die Bestrafung des betreffenden Redakteurs zu 1000 Mark Geldstrafe. Während vor Gericht der Kommissar die ihm zur Last gelegten Vergehen bestritt, gab der Wachmeister zu, in zwei Fällen Sifizierte geschlagen zu haben. Zum Beweise dafür, daß er einen Verhafteten nicht vorschriftsmäßig behandelt habe, leistete sich der Herr Kommissar die folgende Erklärung: „Bei der Verhaftung waren viele Werftarbeiter zugegen; diese stehen mit dem Norddeutschen Volksblatt“ in enger Verbindung, daß der Polizei gern ein ausweicht. Da kein Artikel in dem Blatt darüber erschienen ist, kann ich mich also gar nicht vergangen haben.“ Seine

Anwesenheit auf der Anlagelampe führte der Beamte auf Nachfrage früherer Schutzleute zurück. Die Zeugenaussagen ergaben, daß das Verhältnis der Beamten untereinander ein solches wie Hund und Katz war. Ein Schuttmann erklärte, daß Schlägen oder Mähteln von Verhafteten etwas Alltägliches sei. Von einem Zeugenaussage war zu Protokoll erklärt, daß auf der Wache wohl die Einlieferungsscheine von Gefangenen in mehreren Exemplaren mit einem gleichen Verhaftungsgrunde ausgefüllt würden, obwohl derselbe nicht immer zuträfe, und dann nur unterschrieben würden. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Zeugen übergriffe des Kommissars nicht dessen Vorgehen gemeldet hätten, erklärten sie, daß sie dann geschwiegen worden seien. Eine beim Landrat eingereichte Anzeige habe dieser für unzulässig erklärt; da ihm auch die ganze Sache unangenehm war, habe er ihnen ein Schreiben vorgelegt, worin die Anzeige zurückgenommen wird. Da ihnen Straffreiheit zugesichert war, unterschrieben sie, erhielten später jedoch einen Verweis. Der Staatsanwalt legte dar, es sei erwiesen, daß der Kommissar sich in drei Fällen übergriffe schuldig gemacht habe, indem er Verhaftete geschlagen habe. Ebenso sei festgestellt, daß der Wachmeister einen Verhafteten und einen Jungen auf der Straße geschlagen habe. Unter Annahme mildernder Umstände beantragte er gegen ersteren 350 Mark Geldstrafe, gegen den letzteren 95 Mark, den mitangeklagten früheren Schuttmann beantragte er freizusprechen, da dessen Teilnahme an Mißhandlungen nicht erwiesen sei. In seiner Verteidigungssrede stellte der Herr Kommissar die Belastungszeugen (alles Schutzleute) teils als roh, vertögen und mit notorischer Gedächtnisschwäche behaftet hin. Einer von ihnen habe als Sittenschuttmann mit Puren verkehrt, mit seiner Frau das Purenhaus besucht und mit dem Wirt Wein getrunken. Um die Aussage dieses Zeugen vollständig unwahr erscheinen zu lassen, bemerkte der Angeklagte schieflüch, die beiden Brüder des Zeugen seien Sozialdemokraten. Der Vorsitzende rügte solche Verteidigungsmittel. Der Wachmeister erklärte zu seiner Verteidigung, daß er sich laut einer Entscheidung des Straffenats für berechtigt gehalten habe, den betreffenden Jungen, der auf seine Verwarnungen nicht gehört habe, zu schlagen. Nach längerer Beratung ging das Urteil des Gerichts dahin, daß der Angeklagte Basser wegen Vergehens gegen die §§ 340 und 74 des Strafgesetzbuchs in zwei Fällen zu 220 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Evers wegen derselben Straftaten in zwei Fällen zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt sei. Bruns wurde freigesprochen. Die ungeheuer milde Strafe ist insbesondere gegenüber der Anwesenheit und Rohheit der Straftaten auffallend. Wird nunmehr die Regierung und der Landrat endlich auf Änderung der empörenden Polizeiverhältnisse in Wilhelmshaven dringen?

**h. Oldenburg.** Dem Oldenburger Landtag ging ein Antrag der Regierung zu auf Anstellung eines zweiten Katastrassistenten sowie eines Katasterzeichners für das Fürstentum Lüneburg. — Der Finanzausschuß berichtet über die Vorlage der Staatsregierung betr. Vermehrung der außerregulativenmäßigen Aktuarstellen, wovon auf das Fürstentum Lüneburg zwei Gerichtsaktuarate und ein Aktuar bei der Staatsregierung in Gütersloh entfallen. — Die Verstaatlichung des Kunstgewerbemuseums zu Oldenburg evtl. Bewilligung eines Ankaufsfonds bezweckt eine Petition des Kunstgewerbevereins.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** Margarethe, Oper in 5 Akten von Gounod. Man hat sich allmählich bereits so weit mit der Verhinderung des Goetheischen Meisterwerkes „Faust“ zu einem minderwertigen Opernlibretto abgefunden, daß darauf verzichtet werden kann, jedes Mal, wenn man sich darüber ärgert, das in der Zeitung besonders nachdrücklich hervorzuheben. Gounods Musik veröhnt übrigens auch mit vielem, was die Textdichter verbrauchen haben. Die Aufführung, welche die Oper gestern an unserer städtischen Bühne erhielt, trug wesentlich dazu bei, dem Werke die alten Freunde zu erhalten und ihm neue zuzuföhren. Die Regie des Herrn J. S. I. hatte wieder für hübsche Bühnenbilder gesorgt; besonders das Bacchanale des letzten Aktes war glänzend. Für verfehlt halten wir es jedoch, die Kirchenszene auf den Platz vor der Kirche zu verlegen; dadurch verliert sie ganz bedeutend an innerer Wahrscheinlichkeit und Wirkbarkeit. Wir können auch absolut keinen Grund für diese Änderung erkennen, es sei denn, daß dadurch ein Szenenwechsel erspart werden sollte. Das wäre aber gewiß nicht stichhaltig. Von den mitwirkenden Künstlern auf der Bühne gefiel uns Herr Höttge als Mephisto am besten. Das Spiel war von seinem Sarkasmus getragen, die Stimme klang senor und voll. Für den Faust ist der wohlklingende, weiche Tenor des Herrn Erb sehr geeignet; namentlich in der Gartenszene kam er schön zur Geltung. Die Darstellung hatte jedoch wenig Faustiſches. Und dann die Partien, viel zu jugendliche Mädel! Es gibt allerdings Leute, die so etwas für schön halten. Fr. Wartsch spielte für die Titelpartie ihr ganzes Können ein. Mit der Schmuckarie erlang sie sich reichen verdienten Beifall bei offener Szene. Herr Fischer sang als Valentin in der Sterbeszene die richtigen Töne. Mit dem Stiebel fand sich Fr. Strecken, wohl die wiederprechendste Sängerin unserer Bühne, trefflich ab. Auch Herr Köpner (Brander) und Fr. v. Neundorf (Marthe) verdienen für ihre Leistungen Anerkennung. Die Chöre gingen durchweg sicher; besonders gut gelang der Landknechtchor. Am Dirigentenpult stand Herr Kapellmeister Pfeiffer, der mit Temperament und Umsicht die Aufführung leitete. Der Beifall des gut besuchten Hauses setzte nach jedem Akt lebhaft ein und wollte am Schluß der Vorstellung nicht früher enden, bis auch Dirigent und Regisseur sich dankend verneigt hatten.

**Sternschau-Viehmarkt**  
20. November.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zuführt wurden 2780 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandtschweine schwere 67—68 Mk., leichte 65—66 1/2 Mk., Sauen 59—64 Mk., Ferkel 60—64 Mk. pro 100 Pfund.

**Briefkasten.**  
Ein Abonnent. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kömigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steining. Verleger: Th. Schwarzh-Lübeck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Unser heutiges Aufge liegt ein Prospekt der „Lübecker Vereinsbrauerei“ bei.



**Holstenhaus**  
 Lübeck Holstenstr.  
 G. m. b. H.

# Spielwaren

sind bekanntlich ein beliebtes Weihnachts-Geschenk und sind um so willkommener, wenn die Anschaffung derselben nicht mit Geldopfern verbunden ist.

Wir haben für die nächsten 8 Tage einige 1000 Stück zur Gratisverteilung aufgelegt.

Demnach erhält jeder Kunde von Sonnabend, den 21. bis Sonnabend, den 28. November

# Gratis

Spielwaren mannigfaltigster Art  
 nach eigener Wahl.

Beim Einkauf für 1 Mk.

Ein Dominospiel oder ein Autospiel oder  
 Eine Waschoilette mit Einrichtung oder  
 Diverse Puppenmöbel zum Ausschuchen.

Beim Einkauf für 2 Mk.

Einen Säbel oder eine Eisenbahn oder  
 Ein Pferd <sup>auf</sup> <sub>Rädern</sub> oder einen Baukasten oder  
 Eine Schachtel Soldaten.

Beim Einkauf für 3 Mk.

Ein Kaffee-Service oder ein Lottospiel oder  
 Ein Pferd mit Wagen oder  
 Eine reizend gekleidete Puppe.

Beim Einkauf für 5 Mk.

Einen Kasten Emaille-Kochgeschirr oder  
 Eine Eureka-Pistole mit Scheibe oder  
 Eine Laterna magica od. einen Pferdestall <sup>mit Pferd</sup> <sub>u. Wagen</sub>

Beim Einkauf für 7 Mk.

Ein Kasperle-Theater mit Figuren oder  
 Ein Dampfmaschinenmodell oder  
 Eine Soldaten-Uniformbrust (verschiedene Militärgattungen) zum Ausschuchen.

Beim Einkauf für 10 Mk.

Eine Puppenküche mit Einrichtung oder  
 Eine eleg. Puppe od. ein Eureka-Gewehr oder  
 Ein Kriegsschiff oder eine Lokomotive <sup>mit</sup> <sub>Mechanik</sub>

Beim Einkauf für 12 Mk.

Eine gr. Schäferei od. ein. Steinbaukasten oder  
 Ein reizendes Puppen-Bufett in Eiche oder  
 Ein Holztier, originell beweglich, <sup>zum Zusammenstecken</sup>

Beim Einkauf für 15 Mk.

Eine Kinder-Nähmaschine oder  
 Einen Krämerladen mit Einrichtung oder  
 Eine Trommel oder Geige oder Zither.

Beim Einkauf für 20 Mk.

Ein Hammerwerk mit Sandantrieb oder  
 Ein gr. Pferd (Fell-Imit.) auf Rädern oder  
 Eine grosse Puppenstube.

Bei allen Einkäufen mit Ausnahme von Lebensmitteln werden diese Präsente gratis verteilt!

Die Geschenke sind jetzt in der I. Etage des Geschäftshauses ausgestellt  
 ∴ und werden bei Vorlage der gestempelten Kassenzettel verabfolgt. ∴



# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 273.

Sonntag, den 21. November 1908.

15. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 20. Novbr. 1908.

164. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, Sybow, Rheinbaben.

Präsident Graf Stolberg teilt eine Kundgebung des ungarischen Abgeordnetenhauses anlässlich des Grubenunglücks zu Hamm mit. Es heißt darin, daß angesichts eines solchen Massenunglücks sich die Völker über alle Grenzscheiden hinweg vereint fühlen, daß zwar zur Vinderung des Leides so vieler Hunderte durch Arbeit ehrenwürdiger Mitmenschen die Teilnahme kaum etwas beitragen könne, daß jedoch das ungarische Abgeordnetenhaus sich selbst ehre, indem es dem deutschen Volke seine Teilnahme an diesem Unglück tieferschütternd ausdrückt. (Bravo.) (Die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Der Präsident wird ermächtigt, die Kundgebung zu beantworten. — Abgeordneter Dr. v. Chlapowa-Chlapowski (Pole) hat sein Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Rabob.

Auf Anfrage des Präsidenten erklärt Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellationen namens des Herrn Reichskanzlers zu beantworten. Zu meinem lebhaften Bedauern ist es mir jedoch unmöglich, dem Wunsche des Reichstages nachzukommen und die Interpellation schon heute zu beantworten. Der preussische Handelsminister, der Chef der preussischen Bergwerksverwaltung, ist infolge einer schon früher festgelegten Tagesordnung heute im preussischen Abgeordnetenhaus zurückgehalten, um dort eine gleiche Interpellation zu beantworten. Sie werden mir zugeben, daß eine umfassende Beantwortung der Interpellation im Reichstage nicht möglich ist, ohne daß die preussische Bergverwaltung daran beteiligt ist. Da es für mich unbedingt erforderlich ist, vor der Beantwortung der Interpellationen die Ergebnisse der Interpellationen im Abgeordnetenhaus abzuwarten, bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Beantwortung der Interpellation früher als für den Dienstag in Aussicht zu stellen.

Präsident Graf v. Stolberg: Ich werde die Interpellationen am Dienstag wieder auf die Tagesordnung stellen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung der Reichsfinanzreform. (Der Reichskanzler Fürst v. Bülow tritt in der Saal.)

Freiherr v. Rittthofen (K.) erklärt, daß der Grundgedanke der Vorlage ihm sympathisch ist. Die 500 Millionen Mark, welche durch die Reform bereit gestellt werden sollen, erscheinen eher zu knapp als zu hoch bemessen. Die Reform müsse von wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Gesichtspunkten beurteilt werden. In wirtschaftlicher Beziehung ist zu bemerken, daß an dem Realzins der Reichsschulden alle Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft und damit auch die Arbeiter erheblich interessiert sind, denn sie alle arbeiten zu einem sehr großen Teil mit geborgtem Kapital, dessen Zinsfuß sich nach dem Realzins der Reichsschuld richtet. In politischer Hinsicht müsse es jeden Patrioten aufs empfindlichste berühren, ja geradezu verletzen, wenn er sieht, mit welchem Hohn von ausländischen Organen über unsere Finanzverhältnisse gesprochen wird. Wenn unsere Finanzwirtschaft nicht auf eine andere Grundlage gestellt wird, so kann geradezu unsere nationale Existenz gefährdet sein, denn wirtschaftlich sind wir nicht gesichert. Die Reichsfinanzreform ist deshalb absolut erforderlich. Wir müssen die Erfahrungen anderer Länder, namentlich Frankreichs, praktisch verwerten, aber nicht mechanisch nachahmen. Deutschland, das darf nicht vergessen werden, ist ein Bundesstaat. Theoretisch war ja ganz richtig, was der Schatzsekretär über die Notwendigkeit sagte, Besitz und

Konsum möglichst gleichmäßig zu belasten; aber der Besitz wird doch schon von den Einzelstaaten in Anspruch genommen. (Sehr richtig! rechts.) Redner wendet sich nun den Einzelsteuern zu. Die Erbschaftsteuer wird ein großer Teil meiner Freunde ablehnen. (Sehr richtig! rechts.) Mit dem Gedanken, das Reich als Erben einzulegen, wird sich die Mehrheit meiner Freunde nur dann abfinden können, wenn der Fiskus als Erbe nur beim Fehlen naher Verwandter eintritt. Schon die Verwandten dritten Grades auszuschließen, geht nicht an und widerspricht dem Zivilrecht und dem bürgerlichen Gesetzbuch. (Sehr richtig! rechts.) Der Branntwein könnte unerschwerlich noch viel höher besteuert werden, wenn es sich bloß um den Konsumanten handelte; aber es handelt sich um einen hochwichtigen Produktionszweig und um die Rentabilität des Kartoffelbaues. Diese Frage, sowie die Frage der Abwälzung der Biersteuer müsse sorgfältig erwogen werden. — Der Tabak könnte ebenfalls ruhig geschöpft werden (Gelächter), wenn nur der Raucher in Frage käme; es handelt sich aber um die wichtige Frage, wie weit die Industrie und die Tabakarbeiter geschädigt werden. Die vorgeschlagene Vandalensteuer scheint uns immerhin noch die annehmbarste Tabaksteuer (Lachen links). — Gegen die Weinsteuer sind einige meiner Freunde; die Mehrzahl aber hält es für sozial notwendig, den Wein zu besteuern, wenn man den Branntwein besteuert. — Die Anzeigensteuer zerfällt in die Platzsteuer, für die wir einstimmig sind, und in die eigentliche Anzeigensteuer, zu der wir uns unsere definitive Stellung vorbehalten. — Für die Elektrizitätssteuer kann ich mich wohl persönlich, aber noch nicht im Namen meiner Fraktion erklären. Jedenfalls sollen alle Steuern, auch Gassteuer, Tabaksteuer usw. so ausgestaltet werden, daß durch sie im wesentlichen nur der Besitz getroffen wird. (Lachen links.) Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir mit der vorgeschlagenen Nachlasssteuer nicht einverstanden sind. (Hört, hört! links.) Sie ist im Prinzip zu verwerfen, denn sie widerspricht unserem Volksempfinden, welches das Vermögen nur als Familienvermögen kennt. Dieser Volksempfindung müssen wir Rechnung tragen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist kein agrarischer Standpunkt (Lachen links), sondern ein allgemeines ethischer Gesichtspunkt. Daß das dadurch entstehende Manko gedeckt werden muß, gebe ich zu, das Wie wird in der Kommission zu erörtern sein. Die vorgeschlagene Begrenzung der Matrikularbeiträge hat wenig praktischen Wert. Eine vernünftige Finanzreform müßte überhaupt ohne Matrikularbeiträge auskommen, die immer vom Uebel sind. Sollten aber die 500 Millionen, die notwendig sind, durch neue Steuern nicht aufgebracht werden können, so werden eben die Matrikularbeiträge erhöht werden müssen. Wir hoffen, daß die Reform durch die Beratung in der Kommission zustande kommt, zum Segen des Vaterlandes. (Bravo! rechts.)

Seyler (SD.): Der Herr Reichskanzler hat gestern ein Programm dargelegt. Er sprach von einer neuen Ära und der Stetigkeit in der Finanzwirtschaft. Da erscheint es doch notwendig, Aufschluß über seine jüngste Unterredung mit dem Kaiser zu verlangen. Welche Garantien sind in dieser Unterredung gegeben worden, daß die Sicherheit des Reiches und seiner Finanzen nicht durch das persönliche Regiment gefährdet werden. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Unzuverlässigkeit der persönlichen Auffassung des Kaisers bringt Verwirrung in die Finanzen und das Reich in Gefahr. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Volk muß aber schließlich dafür eintreten. (Zust. b. d. Soz.) Der Reichstag darf keinen Fesseln bewilligen, ehe er die Vollgarantie beifügt, daß ohne seine Zustimmung keine politische Unternehmung eingeleitet wird. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wir werden diese Angelegenheit demnächst weiter verfolgen. Aus der Kundgebung des Reichsanzeigers geht hervor, daß der Kaiser nicht nur keine Garantien gegeben, sondern an den Reichstag eine direkte Abgabe erteilt hat. (Gr. Unruhe rechts, Rufe: Zur Sache! Zuruf b. d. Soz. Das gehört zur Sache!) Das persönliche Regiment hat die Finanzen zerrüttet. Der Reichskanzler hat es gestern unterlassen, eine Grundlage für die Finanzreform zu bezeichnen. Er sprach von ganzer Arbeit,

aber er gab keine Richtschnur. Er hat gesagt, unsere Wehrhaftigkeit müsse gestärkt werden. Aber bei der Finanzreform sind die neuen Militärvorlagen nicht einmal in Betracht gezogen. Um die Frage der direkten und indirekten Steuern hat der Reichskanzler sich herumgewunden (Gelächter und Sehr wahr! b. d. Soz.); sie gehört aber zur Finanzreform. Der Reichskanzler hätte auch deutlich sagen müssen, wo die Sparsamkeit beginnen soll. Oben und unten müsse gespart werden. Der Reichskanzler weiß wohl nicht, daß um so weniger Steuern fließen, je weniger im Volke verbraucht wird. Die indirekten Steuern sind auch vom Verbrauch abhängig. Der Schatzsekretär sah seine Hauptaufgabe darin, das Defizit zu decken, das allein ist aber noch keine Finanzreform. Der Schatzsekretär kann uns noch nicht sagen, ob in einem Jahre nicht ein neues Defizit vorhanden ist. Die Berechnung im Finanzgesetz berücksichtigt nicht, daß die Ausgaben steigen infolge der von uns bekämpften Zoll- und Handelspolitik. Im vorigen Jahre erklärte Herr v. Stengel das Defizit damit, daß in allen Ressorts die Ausgaben gestiegen sind. Das ist bei unserer Zollpolitik erklärlich, besonders die Natural-Verpflegung des Heeres wird teurer und wenn damit zugleich die Vergrößerung des Heeres Hand in Hand geht, so wird das Defizit immer größer und größer. Aus diesen Gründen ist die jetzige Finanzreform von vornherein für die Katastrophe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Finanzreform sollte darin bestehen, eine bessere Regelung in Bedarf und Deckung für den Etat und eine bessere Regelung der Matrikularbeiträge vorzunehmen. Aber es müßte dazu auch eine Änderung des ganzen Steuerystems gehören, sowie eine gerechte Verteilung der Lasten nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Staatsbürger. Aber verkehrterweise wälzt man die Lasten auf die breiten Massen, auf die schwachen Schultern der Besitzlosen, während die Besitzenden sich dagegen wehren, wenn sie getroffen werden sollen. Die indirekten Steuern bilden den Hauptteil der Reichseinnahmen. Aber sie bringen keine Stetigkeit in die Finanzen. Wir verlangen direkte Steuern, sie allein sind imstande, den Besitz zu treffen. Der Vorredner meinte, auch durch indirekte Steuern könnte das geschehen. Wir lachen nicht über diese volkswirtschaftliche Weisheit. (Sehr gut! bei den Soz.) daß man die Besitzenden durch Luxussteuern belasten könne. Die Herren der Finanz haben uns hier gesagt, Luxussteuern bringen nichts ein, selbst bei hohen Sätzen, das sagt die Regierung selbst. Der Schatzsekretär hat die Schuldenwirtschaft des Reiches schwarz in schwarz gemalt. Man will die Angstlichkeit der Gemüter steigern, um leichteres Spiel zu haben. An eine Schuldentilgung ist aber nicht zu denken, solange nicht eine gründliche Änderung des Finanzwesens vorgenommen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Ursachen des bestehenden Zustandes hat weder der Reichskanzler noch der Schatzsekretär aufgeklärt. Wenn Sie den Ursachen nachgingen, würden Sie nicht Sparsamkeit empfehlen, sondern Sie müßten zu einer Änderung unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Zustände gelangen. (Beifall b. d. Soz.) Mit der Steigerung des Heeres kam immer ein neues ungeheures Defizit und seit ein paar Jahrzehnten wurden immer neue Steuern notwendig. Und als schließlich die große Flottenvorlage kam, und mit ihr ein großes Loch in dem Reichsfiskus, da war wieder die Folge, daß man sich durch neue Steuern zu helfen suchte. Dann kam der Zolltarif und mit ihm das Zusammenwachsen von Regierung und Konservativen, welches dem Volke damals mehr als eine Milliarde kostete. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Militarismus zu Wasser und zu Lande ist der Grund der Finanzmisere, und oft genug haben wir es von der Tribüne des Bundesrats gehört, daß das Heer nicht bloß in Hinblick auf den sogenannten äußeren, sondern auch in Hinblick auf den inneren Feind vermehrt werden muß. (Sehr richtig! rechts. Hört, hört! bei den Soz.) Es ist nicht vergessen, daß an gewisser Stelle das Wort fiel von den Soldaten, die auf Vater und Mutter schießen müssen. (Hört, hört! bei den Soz. Unruhe rechts.) Reaktionspolitik ist kostspielig, sie schafft auch erhöhte Polizeikosten; und dann die Kolonialpolitik! Der Chinafeldzug kostete 300 Millionen, der Südwestafrika-feldzug kostet 400 Millionen, dieses erklärte der Reichs-

## Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(21. Fortsetzung.) Nachdruck verboten. „Du lieber Gott, was ist das, armes Kind?“ fragte Elisabeth mit steigender Teilnahme. „Du sprichst so verworren, daß ich mir das alles gar nicht erklären kann. Komm, — beruhige dich, vertraue mir deinen ganzen Kummer. Ach, Kind, du bist es nicht allein, die von Schmerz und Enttäuschung gequält wird! Glaube mir, — gerade ich kann dein Leid mit dir fühlen, weil ich selbst viel, viel zu tragen habe.“

Thea trocknete sich die Tränen und lehnte sich wie ein hilfloses Kind an Elisabeths Schulter.

„Ich will dir alles sagen,“ fing sie nach einer Weile an, „wenigstens alles, was ich selbst von der Geschichte weiß; der ganze Zusammenhang ist auch mir garnicht recht klar. Also, du hast doch meinen Vater gekannt, du weißt, daß er ein hübscher — nun — in manchen Dingen ein hübscher eigentümlich war; es mochte wohl davon kommen, daß er viel Scherzes erlebt hatte, wenigstens deutete er das häufig an und sagte manchmal, daß er seinem Schwager Glaubig viel schuldig sei; weshalb eigentlich — das weiß ich nicht, davon hat er nie gesprochen. Nun war er sparsam bis zur Angstreue, sodaß man ihn allgemein für geizig hielt. Meine Mutter begriff ihn oft garnicht, er hatte sich doch drüben in Amerika ein hübsches Vermögen erworben. Als ich mich vor zwei Jahren — hier wurde die Stimme der kleinen Erzählerin unsicher, — mit dem Leutnant Steinberg verloben wollte und meinem Vater sagte, wie schrecklich lieb wir uns hätten, da machte er ein furchtbar strenges Gesicht, — so streng, wie noch nie, und erklärte mir, daß daraus niemals etwas werden könnte, ich dürfte nie mehr daran denken und davon sprechen.“

„Armes kleines Ding!“ rief Elisabeth teilnahmsvoll aus und streichelte die Wangen Theas, über die wieder ein paar schwere Tränen rollten.

„O, es war schrecklich,“ flügelte sie, „ich mußte gar nicht, was ich anfangen sollte! Ich schrieb an meinen Hans, daß wir heimlich doch fest zusammenhalten wollten, und als er mir in demselben Sinne antwortete, war ich ein wenig getrübt und hoffte viel von der Zukunft. Das schlimmste sollte aber noch kommen: Nach Papas ziemlich unerwartetem Tode — du weißt ja — im vorigen Jahre —

wurde Mamas Bruder, Onkel Oskar, zu meinem Vormunde eingesetzt. Und er, vor dem ich immer solche Furcht habe, weil er so streng und kalt ist und aussieht wie ein Jeltot, erklärte mir nach der Eröffnung von Vaters Testament, daß der Rechtsanwalt Glaubig, mein Vetter, zu meinem Verlobten bestimmt sei. O, ich dachte, die ganze Welt verfinsterte sich um mich her mit einem Male. Kein Flehen half mir, kein Weinen, kein Widerstand; Onkel Oskar blieb wie ein Marmorblock, und Mutter befahl mir, daß ich mich fügen sollte. Noch immer hoffe ich, daß Alfred Glaubig mich freigeben würde, wenn ich ihm meine Abneigung zeigte. Aber auch darin irrte ich mich. Noch jetzt bildet er sich fest ein, daß seine Liebe zu mir mein Herz allmählich erringen würde. Das redet er mir täglich vor. O, du ahnst nicht, wie verzweifelt ich bin! Und nichts, nichts kann ich tun; ich bin ja unendlich, noch drei Jahre unendlich; sie könnten mich zum Schaffott schleppen, wenn sie wollten, ich müßte mir's ohne Widerspruch gefallen lassen. Aber — am Altar, Elisabeth, am Altar sagte ich laut: „Nein!“, statt „Ja!“ dann vernichtete ich alle Pläne. Das habe ich auch meinem Hans geschrieben.“

„Und du hast keine Ahnung, was deinen Vater zu der eigentümlichen Bestimmung bewogen haben kann?“

„Er wollte, daß Alfred Glaubig, der als der einzige Sohn seiner Schwester, sein Ritterbe wurde, ohne daß eine Teilung unseres Vermögens nötig war; und das konnte nur geschehen, wenn Alfred und ich uns heirateten.“

„Aber das ist doch sehr sonderbar,“ beharrte Elisabeth. „Wenn er Alfred Glaubig zum Ritterbe einsetzte, war das doch kein Grund zu einer so grausamen Bestimmung, die das ganze Lebensglück zweier Menschen durchkreuzte!“

„Das ist's ja eben, — dahinter komme ich nicht; da lag meines ja Vaters Sonderbarkeit, liebste Elisabeth! Ach, mit tausend Freuden könnte er das ganze Geld bekommen, wenn ich ihn nur nicht zu heiraten brauchte! Mein Vater und Glaubig's Vater waren lange Jahre in Kalifornien zusammen. Von dort brachte mein Vater sein Vermögen mit, — mein Onkel Glaubig aber ist drüben geblieben, er ist auch dort gestorben.“

Elisabeth dachte tief über diesen seltsamen Bericht der traurigen Keinen Braut nach. Sie wußte, daß deren Vater ein überaus geiziger, gewinnlüstiger Mensch ge-

wesen war, — das war allgemein bekannt. Was möchte ihn dazu bewogen haben, eine so grausame Bestimmung zu treffen?

Die Magd trat ein und hat die beiden Damen in das Studierzimmer des Staatsanwalts; Herr Rechtsanwalt Glaubig sei soeben gekommen, um Fräulein Böhmer abzuholen.

„Komm,“ bat Elisabeth die Freundin, als das Mädchen fort war, „nimm dich zusammen und sei tapfer, kleine! Es mag unrecht von mir sein, gegen deinen Vater, deinen Verlobten und alle, die dir nahe stehen, wenn ich dir rate; biete alles auf, deine Verlobung mit Alfred Glaubig zu lösen; wenn du ihn nicht liebst, wenn du Leutnant Steinberg nicht vergessen kannst, O, nur keinem ungeliebten Manne angehören! Das ist ja schlimmer, als alles! Das ist eine Lüge in meinen Augen und bringt das tiefste Herzensleid!“

Ein wenig getrübt durch diesen Zurpruch und durch die Aussicht auf Elisabeths Bestand, folgte Thea der älteren Freundin in das Zimmer des Staatsanwalts Seydel.

Der alte Herr und Alfred Glaubig erhoben sich von ihren Sätzen, und nach erfolgter gegenseitiger Begrüßung und Beglückwünschung nahmen alle wieder Platz. Der einzige Unbefangene dieses kleinen Kreises war wohl der Staatsanwalt, der fast ausschließlich die Unterhaltung zwanglos führte. Zwischen Glaubig und seiner Braut herrschte eine Gespanntheit, die freilich außer ihnen selbst nur jemand herausfühlte, der das gezwungene Verhältnis der beiden genau kannte. Man unterhielt sich über allgemeine Dinge. Glaubig's Urteil war scharf, klar und kurz; er wurde nie lebhaft, sondern blieb kühl und ruhig, auch wenn er anderer Meinung war, nur seine grauen Augen leuchteten manchmal blickartig auf.

„Und wann soll Ihre Hochzeit sein?“ wandte sich der Staatsanwalt an das Brautpaar; Thea hatte ziemlich schweigsam dagehessen und nur zuweilen einen betrübten Blick verstoßen zu Elisabeth hinübergewandt. „Im Winter hoffentlich noch,“ antwortete Glaubig; „ich bin nicht für das Warten, wenn es nicht nötig ist; die Lebenszeit ist nicht lang genug dazu.“

„Und wie ist es mit der Einkommensteuer, Fräulein Thea?“ fragte der alte Herr lächelnd; auch ihm begann das gedrückte Wesen der Braut aufzufallen. Sind Sie schon recht vergraben in Reimenzug und Möbelstoffen für das hässliche Heim?“ (Fortsetzung folgt.)



Konzer: In Wahrheit betragen die südwestafrikanischen Ausgaben mehr als 600 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Eroberungslust, der Machtgier sind es, die zu dieser kostspieligen Politik treiben. Jetzt wird allerdings verkündet, daß eine neue Militärvorlage uns bevorsteht. In offiziellen Mittern war aber zu lesen, daß kostspielige Änderungen im Militärwesen nötig seien. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Schatzsekretär schüttelt den Kopf. Nach unseren Erfahrungen können wir aber keinen Luxus nicht leisten. Für Südafrika hat Europa wieder eine Millionenforderung, man sagt 100 Millionen, bereit. Der Reichsschatzsekretär hat es sich mit den Deckungsverhältnissen leicht gemacht. Der Nationalreichtum sei gelassen. Also, Volk, greif in die Tasche und zahle. Bürgerliche Steuern haben aber nachgewiesen, daß in Deutschland im letzten Vierteljahrhundert die indirekten Steuern weit mehr als anderswo gestiegen sind, von sieben auf zehn Milliarden Mark pro Kopf. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es war geradezu vortrefflich, wie der Redner sich gegen die Erbschaftsteuer aussprach. Es ist begreiflich, daß die Einführung im Volke liegt, nicht die Sozialdemokratie schärft die Unzufriedenheit, sondern ihre Handlungsmittel. Ihre Ausbeutungslüste. (Sehr richtig b. d. Soz.) Da ist es kein Wunder, daß wir Ihre Handlungen und deren Folgen dem Volke klar machen, agitatorisch ansagen. Wir mühten ja Toren sein, wenn wir es nicht täten. Soll eine Änderung herbeigeführt werden, sollen die Reichsfinanzen gestärkt, in unsere Wirtschaft Stetigkeit gebracht werden, so muß die Sache an einem ganz anderen Ende angefaßt werden, als es die Reichsregierung tut. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das bedeutet aber einen Bruch mit dem ganzen gegenwärtigen System. Wir verlangen, daß nicht nur die Erbschaftsteuer auf andere Grundlage gestellt wird, sondern auch direkte Reichssteuern, Einkommensteuer und Vermögenssteuer. Es ist nicht wahr, daß die bestehenden Klassen diese Lasten nicht tragen können, wie der Redner behauptet. Ich erinnere daran, daß die arbeitenden Massen erst den Besitz der Besten geschlagen haben. Wenn der Besitz auch mit 10 Proz. getroffen wird, so ist das keineswegs zu viel (ironischer Jurist rechts: Nur 10 Proz.), wenn Sie wollen, sage ich auch 20 Proz.) Bei einer Million Einkommen kann man sehr gut 20 Proz. entbehren, ohne daß man ein so trauriges Leben zu führen gezwungen ist, wie ein Arbeiter. (Zustimmung b. d. Soz.) Man kann dabei noch ein sehr luxuriöses Leben führen, ein wahres Luderleben. (Gr. Heiterkeit.) Eine Konfiskation ist das nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Überdies zahlen die Besten die Steuern nicht aus ihrer eigenen Tasche, denn das ganze Einkommen der Besten wird erst aus den Arbeitern herausgepreßt. Professor Adolf Wagner hat den Konservativen geraten, die Erbschaftsteuer auszubauen. Da ist er aber schon angekommen. Jedenfalls ist die Erbschaftsteuer die am wenigsten drückende von den direkten Steuern, und kann noch weit mehr bringen, als der Schatzsekretär aus ihr heraus schlagen will. Schon im Jahre 1905 haben meine Parteifreunde, um das Unheil neuer indirekter Steuern von den Arbeitern abzuwenden, den Entwurf einer Erbschaftsteuer ausgearbeitet, die nach dem Muster der englischen allein fast 800 Millionen Mark brachte. Wollen Sie gericht sein, und die starken Schultern belasten, so können Sie aus der Erbschaftsteuer allein mindestens eine Viertel Milliarde heraus schlagen. Kommt hinzu, eine Reichsvermögenssteuer, so haben Sie die ganzen 500 Millionen gedeckt. Das die Tabaksteuer vorläge betrifft, so sahien es, als ob der Herr Staatssekretär die Wanderoliensteuer schon verloren gäbe. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß einige Herren der Tabakindustrie der Regierung zu verstehen gegeben haben, daß man die Wanderoliensteuer nicht annehmen könne, dagegen den Tabak auf andere Weise besteuern wolle. Die gestrige Verteidigung der Wanderoliensteuer war sehr schwach und läßt die Mitteilung wahrscheinlich erscheinen. Seitdem der Monopolvertrag des Jahres 1882 abgelehnt wurde, hat die Regierung die Tabakindustrie fortgesetzt durch Steuererhöhungen beunruhigt. Der Mittelstand ist in der Tabakindustrie so stark, wie kaum in einer anderen vertreten. Eine Fabrikationssteuer würde alle diese Mittelstand-Existenzen ruinieren oder doch dezimieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine großkapitalistische Konzentration wäre die Folge. Deshalb wurde die Fabrikationssteuer 1893 abgelehnt. Von den 70 bis 50 Millionen Steuern, die aus dem Tabak gezogen werden sollen, werden die billigen Zigarren mindestens um 1 Pfennig per Stück verteuert werden. Die Arbeiter werden dadurch den Zigarettenkonsum einschränken müssen. Der Staatssekretär hat sich den Ausgleich der Qualitäten sehr einfach vorgestellt. Bei den besseren Zigarren mag das zutreffen, aber nicht bei den billigen zu 4 5 und 6 Pf. Solche Simladoren raucht der Staatssekretär aber nicht. (Gr. Heiterkeit.) Der Arbeiter muß mit jedem Pfennig rechnen. (Sehr wahr! bei den Soz. Lachen rechts.) Sie scheinen anzunehmen, daß die Arbeiter ein luxuriöses Leben führen. In der Tabakindustrie herrscht Handarbeit, und wenn der Konsum zurückgeht, so müssen Arbeiter entlassen werden. Unter allen Umständen wird die Arbeiterzahl um 1/2 vermindert werden müssen. Die größeren Kapitalisten werden den Vorteil haben, die kleineren Unternehmen preis gegeben sein. Dieses sind die Folgen der jetzt geplanten Tabaksteuer. (Zustimmung b. d. Soz.) Jede Verteuern von Waren belastet den Mittelstand ebenso wie den Arbeiter. Wie dieser Punkt beweisen Sie nicht Ihre Mittelstandsfreundlichkeit. (Zustimmung b. d. Soz.) Wenn Sie jetzt die halbe Milliarde neuer Steuern bewilligen, so wird die Finanzwirtschaft damit nicht bereichert. Die Finanzpolitik nach unten, die Reaktionen im Innern, die Wirtschaftskrise sind die Ursachen der Misere. Nieder mit diesem System. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Zum Satz (Rechtsredner): Wir bezüchten es, daß der Schatzsekretär gleich ganze Arbeit machen will. Wir haben ein kostspieliges Meer, eine feindliche Marine, eine kostspielige Arbeiterversicherung zu leisten, daher unser Defizit. Durch direkte Steuern kann man von 500 Millionen nicht aufbringen. Der Tabak trägt eine höhere Belastung. Für eine Einkommensteuer waren wir stets zu haben. Reichs-einkommen- und Vermögenssteuer sind abzulehnen. Gegen die Erbschaftsteuer wendet sich das Volkempfinden. Zu den neuen Steuern muß Sozialarbeit treten, aber an Meer und Marine darf nicht gespart werden. (Zustimmung rechts.)

Das b. (Wirtschaft. Tag.) erregt Bedenken gegen einige vorgeschlagene Steuern, weil sie den Mittelstand schädigen und schlägt etwa 24 andere Steuern vor, namentlich Luxussteuern, die er als soziale Verbrauchssteuern bezeichnet. (Beifall b. d. Anz.) Hierauf verlas das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluss 6 1/2 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Konsumkredit.** Die Dürensdorfer Stadtverordnetenversammlung bewilligte einen Kredit (die Höhe wird später festgestellt) für die Beschäftigung von Arbeitslosen. Es sollen aber nur ortsansässige verheiratete Arbeitslose, die schon längere Zeit arbeitslos sind, beschäftigt werden. Zu diesem Zweck wurde die sofortige Inangriffnahme von Entenbauern beschlossen. Weiter wurden 600 Mk. für die Unterhaltung der Kadetten-Erzieher bewilligt.

**Gemeindevorwahlen in Neuf. i. L.** Bei den weiteren Wahlen zu Gemeinderäten setzten unsere Kandidatenlisten in den ländlichen Orten Frankenthal, und Dürrenabersdorf, wo von den je 4 Kandidaten allerdings je 2 Bauerngutsbesitzer gemäß der Neuf. ländlichen Gemeindeordnung gewählt werden mußten. In dem Vororte Pfaffen setzten unsere 7 Kandidaten mit 247 bis 217 Stimmen, die Gegner erhielten 209 bis 187. Hier haben wir die Mehrheit im Gemeinderat. Dagegen haben wir in der Stadt Gera ein Mandat verloren. Hier erhielten unsere Kandidaten 2523 bis 2094 Stimmen, die der Vereinigten Bürgerlichen Parteien 3007 bis 2771 St. Unsere Stimmenzahl ist nun durchschnittlich 126 gestiegen, die der Gegner im Vergleich zur vorigen Wahl gleichgeblieben.

**Genosse Sine erkrankt.** Der Reichstagsabgeordnete Sine erkrankt bei der Rückkehr aus einer Wochenlang dauernden Reise am Fuß und verlor in seiner Wohnung in Essen-Rüttenscheid einen schweren Blutsturz. Wenn auch der Zustand des Erkrankten nicht lebensgefährlich ist, so ist ihm doch gehindert, an der Interpellation über die Kadetten-Katastrophe teilzunehmen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Schnitzholz nach dem Zuchthaus.** Eine Bitte stellte in einer Verhandlung vor dem Landgerichte München I die 51 Jahre alte Näherin Anna Geimert von Suching. Die Alte, die die Hälfte ihres Lebens im Zuchthaus zugebracht, hatte sich wieder wegen Diebstahls zu verantworten. In der Verhandlung war sie der ihr zur Last gelegten Diebstahle geständig; sie bat das Gericht, man möge sie auf ewig in das Zuchthaus sperren und gleich Haftbefehl erlassen, weil sie nicht mehr hinaus wollte — eine Bitte, die sie einen Tag vor der Verhandlung auch dem Staatsanwalt Haberstrumpf in seinem Bureau vortrug. Das Gericht verurteilte die H. zu 2 Jahren 1 Tag Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ihrer weiteren Bitte, sie sofort zu verhaften, hatte das Gericht entsprochen. — Es muß in der von Gott geschaffenen Welt doch nicht schön sein, wenn sich ein Mensch auf ewig nach dem Zuchthaus sehnt!

## Aus Nah und Fern.

**Wißstände in den Halleischen Universitätsklinikern** kamen in der vorigen Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Die Krankenkassenmitglieder verlangen mit Unterstützung des Magistrats ein städtisches Krankenhaus und führen Klage gegen die königliche Klinik. Der Oberbürgermeister Dr. Rive teilt mit, daß in der Klinik sogar ein zehnjähriges ohrenkrankes Kind bei der Operation geschlagen worden ist und die Strafbehörden das Verfahren gegen den in Frage kommenden Arzt abgelehnt haben. Allgemeines Versehen rief es hervor, als der Stadtverordnete, Medizinalrat Schmidt-Kimpler, als Vertreter der Klinik sagte: Der Kultusminister hätte an den Kliniken nur insofern Interesse, als sie Studien- und nicht Kurieranstalten wären. Man mißbilligte diesen Standpunkt, lehnte aber doch die Errichtung eines städtischen Krankenhauses ab.

Ein „verteiltes Dynamit-Attentat auf den deutschen Kaiser“ ist die neueste Sensation einer gewissen Presse. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt zu einer Mitteilung, daß auf dem Bahnhöfen bei Station Mühlheim einige Stunden vor dem Passieren des kaiserlichen Hofzuges Patronen gefunden worden seien, folgendes mit: Sowohl am Sonntag wie am Montag wurden in dem von Hanau nach Frankfurt führenden Geleise in der Nähe der Station Mühlheim je eine Patrone gefunden, die sofort Sachverständigen zur Untersuchung auf ihren Inhalt übergeben wurden. Das Geleise war nicht dasjenige, das der Zug, in dem der Kaiser fuhr, zu passieren hatte, sondern ein Paralleleleise. Da der Vorfall sich auf heftigen Gebiete ereignete, hat die Darmstädter Staatsanwaltschaft die Untersuchung eingeleitet. Eine spätere Drahtmeldung weist darauf hin, daß verschiedene Umstände bei dem unheimlichen Funde es wahrscheinlich machen, daß es sich um die Tat eines Freimüßigen handle. Ein anonymes Schreiben hatte der Eisenbahndirektion bereits vor einigen Tagen unter der Überschrift „Weisagung“ angekündigt, bei der Rückkehr des Kaisers aus Donau-eichingen werde zwischen den Stationen Hanau und Mühlheim ein Anschlag auf den Hofzug verübt werden. Die inzwischen beendete chemische Untersuchung der Patronen hat ergeben, daß es sich um ganz verwitterte Dynamitpatronen handelt, die aus dem nahen Steinbruch herrühren. Der Umstand, daß der Sonderzug des Kaisers auf freiem Felde gehalten, hat mit dem Patronenfunde nichts zu tun. Das Halten ist lediglich auf einen Blockfehler zurückzuführen. Nach der Meinung von Sachverständigen kann von einem Attentat gegen den kaiserlichen Zug keine Rede sein, denn die aufgefundenen Patronen hätten, selbst wenn sie auf den Schienen gelegen hätten und der Zug darüber gefahren wäre, wegen des völlig unbrauchbar gewordenen Dynamits keinen Schaden angerichtet. Es ist also nichts mit dem Dynamitattentat. Denn auch die Geschichte mit dem anonymen Schreiben ist, wie unser Offenbacher Parteiblatt feststellt, nur e Phantastie. Vielleicht liegen die verwitterten Patronen schon lange an der Stelle und sind jetzt bei einer Revision der Strecke, die in Mühlheim auf den Hofzug erfolgte, gefunden worden. Vielleicht auch hat ein „Spahvogel“ die Patronen jetzt herbeigelegt, um der Sensationspresse eine Freude zu machen.

**Vierzehn Personen getötet.** In einer Straße von Broekeln wurden zwölf Arbeiter, die mit Erdaushubarbeiten beschäftigt waren, infolge einer Explosion des Hauptgasrohres getötet. Insgesamt sind durch die Explosion vierzehn Personen ums Leben gekommen.

**Schiffsunglück.** Aus Reggio di Calabria wird gemeldet: Der französische Waddampfer „Martignique“, mit Kolonialfrachten beladen, erlitt nachts, vier Meilen von Caulonia entfernt, Schiffbruch. Das Geschick der aus 21 Personen bestehenden Besatzung ist unbekannt. Es wird befürchtet, daß nur sieben Mann gerettet sind.

**Umfangreiche Zollschmuggelungen,** die von Matrosen der von Holland kommenden Rheindampfer betrieben wurden, sind von der Zollbehörde entdeckt worden. Infolgedessen werden alle Dampfer an der deutschen Zollgrenzstation Emmerich aufs schärfste überwacht. Auf dem Dampfer „Gaan 18“ wurden in den Räumen der Matrosen große Mengen von Tabak, Kaffee und Kakao vorgefunden, die beschlagnahmt wurden. Sämtliche Matrosen wurden verhaftet.

## Schiffsnachrichten.

In Travemünde angelkommene Schiffe.  
Donnerstag, 20. November.  
D. Halland, Kapl. Kollberg, von Kopenhagen in 14 Std.  
D. Kurik, Kapl. Gräsklund, von Stockholm in 38 Std.  
Fortuna, Kapl. Schmidt, von Kolding in 7 Tagen.  
Elise, Kapl. Peterfen, von Kolding, in 1 T.  
Anne Marie, Kapl. Jensen, von Kolding, in 1 T.  
Von Travemünde abgegangene Schiffe.  
Donnerstag, den 19. November.  
D. Westküsten, Kapl. Larsen, nach Kopenhagen.  
Nyland, Kapl. Hansen, nach Bremen.  
Freitag, den 20. November.  
D. Thor II, Kapl. Nørgensen, nach Moskva.  
Gata, Kapl. Rahmussen, nach Odessa.  
D. Gauthiod, Kapl. Rosengreen, nach Stockholm.  
D. Himland, Kapl. Romborg, nach Albo.  
D. Lübeck, K. Vantson, nach Karlskamm.

## Schiffsbewegung.

D. Dora ist Freitag früh in Danzig angekommen.  
D. Mimosa ist Donnerstag mittag von Kramfors auf hier abgegangen.  
D. Olfsee ist Freitag mittag von Aukillen nach Herringswyk abgegangen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Vom Güterschuppen der L. V. G.

Auch die Beamten der L. V. G. sind mit ihrem künftigen Gehalt unzufrieden; die meisten Beamten sind gezwungen, ihr Gehalt dadurch aufzubessern, daß sie sich nach einer Nebenbeschäftigung umsehen müssen. Man kann es oft genug in der Zeitung lesen, daß ein Beamter Nebenbeschäftigung sucht. Ebenso ergeht es einem Beamten auf dem hiesigen Güterschuppen. Derselbe betreibt einen schwungvollen Handel mit den sog. Kaiser- und Marinekalendern; es ist ihm ein leichtes, die Kalender an den Mann zu bringen, da er direkter Vorgesetzter der Arbeiter ist. Um nun nicht nach solchen zweifelhaften Geschäften greifen zu müssen, sollten die Beamten sich ebenfalls zusammenschließen in dem Verband der Eisenbahner, um für sich bessere Gehaltsätze zu erzielen. Vor kurzem agitierte hier in Lübeck ein sog. Eisenbahnbeamten-Verein, welcher seinen Sitz in Hannover hat, und angeblich 15 000 Mitglieder zählen soll. Der Verein versandte an die Beamten der L. V. G. Probe-Exemplare seines Vereinsorgans „Deutsche Verkehrsblätter“, sowie eine Einladung zu einer Versammlung, welche am 10. Oktober d. J. im Lokal „Zur Flora“ stattgefunden hat. In derselben sollten die Zwecke und Ziele des Deutschen Eisenbahnbeamten-Vereins erläutert werden. Es sei noch bemerkt, daß der Verein Zigarrenstummel, abgestempelte Briefmarken, alte Stahlfedern, Uniformstreifen, Knöpfe, Staniol usw. sammelt und dieselben an den Herrn Stations-Assistenten Hobusch, Weissenfels, abzuliefern sind, um hierdurch zu einer allmählichen Gelbansammlung beizutragen, die demnächst die Ermäßigung der Vereinsbeiträge zur Folge haben kann. Hieraus ist zu ersehen, daß es sich nur um einen Klibim-Verein handelt, welcher niemals die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertreten kann, da der Verein sich der Protektion der Direktion erfreut. Die hiesige Direktion der L. V. G. war auch so freundlich, den dienstfreien Beamten von auswärtigen Urlaub und freie Fahrt zu gewähren, nur um die Versammlung besuchen zu können.

### Spielplan der vereinigten Stadttheater

vom 22. bis 29. November.

Neues Stadttheater. Sonntag: „Ein Walzertraum“. Operette von Oscar Straus. — Montag: „Der Troubadour“. Oper von G. Verdi. Luna — Herr Langefeld. — Dienstag: „Ein Walzertraum“. — Mittwoch: „Wilhelm Tell“. Schauspiel von Schiller. — Donnerstag: „Margarethe“ (Faust). Oper von Gounod. — Freitag: „Ein Walzertraum“. — Sonnabend: „Der Diamant“. Phantastische Komödie von Friedrich Hebbel. — Sonntag: „Lohengrin“. Große Oper von R. Wagner.

Stadthallen-Theater. Sonntag: „Sherlock Holmes“. Detektiv-Komödie von Dozenhard. — Donnerstag: „Sherlock Holmes“. — Sonntag: „Geographie und Liebe“. Lustspiel von Björnson.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtliche in Lübeck.



MAGGI'S WÜRSTE  
ist Jedermanns Nutzen  
Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldschmied, Lübeck



  
 Heute morgen 6 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig in seinem 85. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater  
**Johann Bockhold.**  
 Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen.  
 Lübeck, 20. Nov. 1908.  
 G. Wriege u. Fran, geb. Bockhold.  
 Beerdigung Montag 1 1/2 Uhr v. d. Borwerk-Kapelle.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsern besten Dank.  
**Heinr. Jürs und Frau.**

Zu vermieten an einen jungen Mann ein freundliches heizbares Parterre-Zimmer nach vorn.  
 Schwartauer Allee 159.

Zum 1. Januar ein leeres  
**Zimmer zu vermieten.**  
 Waisenhofstr. 21, II.

Zum 1. Januar oder 1. April ein kleiner  
**Laden mit Wohnung**  
 zu pachten oder zu mieten gesucht. Ang. u. Preisangabe unter M B an die Exp. d. Bl.

**Gesucht zu sofort**  
 noch einige

**tücht. Agenten**  
 gegen hohe Bezüge.

**Lübecker Sterbekasse,**  
 Fleischhauerstr. 59.

Gedffnet von 9 Uhr vorm. bis 8 Uhr nachm.  
 Junger Mann, 19 Jahre alt, sucht Stellung zur weiteren Ausbildung im Gastwirts-gewerbe. Angeb. u. S. 27 a. d. Exp. d. Bl.

Umständehalber ist die moderne Wohnungseinrichtung  
**Breitestraße 41, 2. Etage,**  
 zusammen oder einzeln zu verkaufen, bestehend aus Salon, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Schlaf- u. Fremdenzimmer. Die Garnitur, sowie Tische, Spiegel, Bettstellen werden auf Wunsch auch einzeln verkauft.

**Eine Garderobe, z. Schrank passend,**  
 zu verkaufen. Friedenstr. 49, II.

**Zu verk. ein guterh. Herr.-Winterpal.**  
 Ziegelstraße 9c.

**Kanarienhähne**  
 St. Seifert, Tag- und Nichtigfänger, billig zu verkaufen. Schulstr. 11f.

**Gutsingende Kanarienhähne**  
 zu verkaufen. An der Mauer 58.

  
 Sonnabend und Sonntag steht ein großer Transport Ferkel zum Verkauf.  
**Krögers Gasthof, Schwartau**

  
 Sonntag morgen stehen wieder schöne gesunde Küttchen-burger Ferkel billig zum Verkauf.  
**Gasthof „Drei Kronen“, Rackenburg.**


**Wäsche**  
 von jungen Leuten und Hausstandswäsche wird übernommen. Friedenstraße 72.

**Arztlicher Sonntagsdienst**  
 am 22. November 1908.  
 Dr. Leonhardt.  
 Dr. Hofstaetter.  
 Dr. Gosch.

**Käse Lager**  
 Pfund 20 und 30 Pfg.  
 Bruchkäse Pfd. 10 Pfg.  
 Schlumacherstr. 12, auf der Diele.

**Holzpanzertafel**  
 bestes Fabrikat, in allen Größen  
**Johs. Müller, Hartengrube 21.**

**Alle Sorten Weine und Spirituosen**  
 auch im Klein-Verkauf und Ausfuhr  
**J. Höpner, Bittergrube 63.**

  
 Habe ein  
**1 1/2 jähriges Fohlen**  
 geschlachtet, wovon ich meinen werten Kunden  
**prima Suppenfleisch und ff. Bratenstücke**  
 bestens empfehle.

**Herm. Dose**  
 Fleischschlächtere mit elektrischem Betrieb,  
 Marktstraße Nr. 1 — Fundstraße 62.

Modernes Waschmittel  
**Persil**  
 garantiert ungeschädlich  
 kein Chlor  
 kein reiben  
 vollständig ungefährlich  
 kein Waschbrett  
 kein bürsten  
 für jede Waschmethode passend  
 alleinige Fabrikanten auch der weltbekanntesten  
**Henkel's Bleich-Soda**  
 Henkel & Co. Düsseldorf

**Pelzwaren**  
 moderne Fassons, grösste Auswahl, solide Preise.  
 Empfehle unter anderem:  
 Mufflonkragen, natur, sehr schön groß . . . . . 6-15 Mk.  
 Nerzmurmel-Kragen mit Kopf und Schweif-Garnitur . . . . . von 10.50 Mk. an.  
 dito -Taschen-Muffen mit Kopf-Garnitur . . . . . von 10.— Mk. an.  
 Schwarze Tibet-Damenkragen . . . . . von 12.— Mk. an.  
 Weisse Tibet-Kragen für junge Mädchen . . . . . von 8.— Mk. an.  
 " " für Kinder . . . . . von 4.50 Mk. an.  
 Echte Skunkskragen, 150 cm lang ohne Schweif gemessen, mit 4 Skunksschweifen  
**35.— Mk.**  
 Skunks-Wallaby, 150 cm lang . . . . . von 15.— Mk. an.  
 und vieles andere empfiehlt  
**die Pelzwaren-Fabrik**  
 von  
**E. Hirsekorn, Sandstrasse 20.**  
 Rote Rabattmarken.

**I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“**  
**Fr. Barby**  
 117 Huxstrasse 117. 117 Huxstrasse 117.  
 Uebernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen.  
 Ueberführungen von und nach auswärts.  
 Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen.

**Trinkt Bunteküh-Kümmel.**  
 Fernruf 321.  
 Dampf-Korn-Brennerei Bunteküh  
 Lübeck.

Jeder Wiederverkäufer mache einen Versuch mit den Fabrikaten der 1825 gegr. Stoff-fabrik von **H. L. Wiegels** vorm. **J. C. Bunge**, deren Spezialitäten sonst. Sonig-eifrig und weinlich sich großer Beliebtheit zum Einmachen erfreuen.  
 Außerdem betreibt diese Firma ebenfalls Fischergarbe 61 eine Springsgroßhandlung und Marinieraufstalt und bietet sie alle Wiederverkäufer, einen Versuch mit ihren vorzüglichen Matjes- und Salzheringen sowie Röllmöse, Bismarck, Delikatess-, Senf- und sauren Seringen zu machen. Besichtigung jederzeit gestattet und kein Kauf-zwang. Die Preise sind äußerst billig gestellt, daher überzeuge sich jeder Wiederverkäufer selbst.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
 aus der Spezial-Abteilung von  
**Gebüder Barg**  
 5 Kohlmarkt 5  
 sind als sehr gut und billig bekannt.  
 Lederhosen, Cordhosen, Maurenhosen, Zimmerhosen, Jockeyhosen, Leder- und Stoffhosen, Cord- und Stoffhosen, blaue Stoffhosen, leinenen Hosen, Kleider usw. usw. Rabattmarken oder 4 Pst.

**Zum Baden und Braten**  
 empfehle ich  
 Margarine . . . . . kg 1.05 Mk.  
 Fiomensalmal . . . . . Pid. 70 Pfg.  
 Schmalz . . . . . Pid. 50 "  
 Hannoversches Oel  
 Palm-Neutraline.  
**Ludw. Hartwig,**  
 Oberstraße 8.

Gente und folgende Tage:  
**Prima Lammfleisch**  
 (Jährlingslamm) per Pfund 65 Pfg.  
 Keule und Rücken 75 Pfg.  
**Johs. Ratze jun.,** Fleischhauerstraße 60.  
 Fernruf 1481.

**Carl Folkers**  
**Möbel-Magazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
 Vollständige Wohnungseinrichtungen.  
 Selbstgefertigte Arbeiten.  
 Grösste Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 Weitgehendste Garantie.  
 Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.  
 Lieferung frei Haus  
 auf eigenem Möbelwagen.  
 Anzahlung gestattet.  
 Bei Verzögerung Rabatt.  
 Geben rote Lübeck-Marken.

  
**Puppen-Perücken**  
 aus echtem Haar  
 von 50 Pfg. an  
 Puppen-Reparaturen  
 bitte schon jetzt in Arbeit zu geben.  
 Puppenklinik  
**E. Hertel, Huxstr. 43.**

**Ausspielen**  
 von  
**fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch**  
 auf einem Ziehband  
 am Mittwoch, den 25. November.  
 Anfang 10 Uhr morgens. Eintrag 50 Pfg.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
**Georg Sahlmann, Mühlenstr. 41.**

Empfehle mich zu sämtlichen  
**photographischen Aufnahmen,**  
 Vergrößerungen nach jedem Bilde unter Garantie der Ähnlichkeit.  
 Weihnachttaufträge erbitte rechtzeitig.  
**Bernh. Schwabroh, Photograph** . . . .  
 Fischergrube 35.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine Arbeiter-Kundschaft verkaufe.  
**G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.**  
 Sonntag, 22. Nov., von 11 Uhr an:  
**Berschleien und Auspielen**  
 von  
 Gänsen, Rauchfleisch usw.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
**H. Wullenweber,**  
 Mühlenstr. 46.

**Travestrand Moisling.**  
**Großes Berschießen**  
 von 2 fetten Sammel- und fetten Gänsen am Sonntag, den 22. November.  
 Anfang morgens 10 Uhr.  
**Johs. Schiering.**

**Clatsklub „Zur ewigen Lampe“**  
 Johannisstr. 5.  
**Preis-Stat**  
 am Montag, den 23. November.

**Waisen-Hof.**  
 Wegen Renovierung meines Saales findet morgen Sonntag, den 22. d. Mts.,  
**kein Tanz statt.**  
 Am Sonntag, den 29. d. Mts.:  
**Groß. Tanzkränzchen**  
 mit Ueberreichungen.  
 Hochachtungsvoll  
**Stefan v. Robowski.**

**Weisser Engel.**  
 Sent:  
**Tanzkränzchen.**  
 Entree a Person 20 Pfg., wofür freier Tanz.  
 Mittwoch, den 25. November:  
**Familien-Abend.**

**Central-Hallen.**  
 Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Eintritt à Person 10 Pf.  
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 W. Borgwardt.  
 Jeden Donnerstag: **Tanzkränzchen.**

**Flora**  
 2 Minuten vom neuen Bahnhof.  
**Jeden Sonntag:**  
**Tanzkränzchen.**  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
**Gesellschaftshaus Wölkhorst.**  
 Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
**Wilhelmtheater.**  
 Sonntag bis 1 Uhr: **\* Tanz. \***



## Winter-Paletots

10<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 23<sup>00</sup> 27<sup>00</sup> 31<sup>00</sup> bis 58<sup>00</sup> Mk.

## Loden-Joppen

3<sup>50</sup> 6<sup>00</sup> 9<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> bis 36<sup>00</sup> Mk.

## Anzüge

11<sup>00</sup> 15<sup>00</sup> 19<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> 29<sup>00</sup> 34<sup>00</sup> bis 68<sup>00</sup> Mk.

## Arbeiter-Kleidung

für jeden Beruf. ■ Haltbarste Stoffe. ■ Stärkste Näharbeit.

# Spille & V. Lüthmann

Lübeck, Sandstr. 17-19.

Grösstes Spezial-Haus am Platze.

==== Rote Lubeca-Marken. ====

## Neu-Lauerhof. Heute Sonntag: Großes Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.

Dilettanten-Verein „Humor“,  
Stofeldsdorf.

Einladung zur

## Theateraufführung mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, den 22. November,  
im Lokale des Herrn Dose (Drei Kronen).  
Anfang 6 Uhr.

Eintritt für Herren 60 Pfg.,  
eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pfg.,  
wofür Garderobe.

Das Komitee.

Eintritt  
frei!



Eintritt  
frei!

## Hansa-Halle.

Heute, Sonntag, 22. November:

## Groß-Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
C. Kühn.

NB. Meis Verteilung findet am 3. Dezember statt.

## Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

## GROSSE TANZ-MUSIK.

Eintritt frei! Eintritt frei!  
am 9. Dez. findet der 1. Familienball statt.

## Hansa-Theater

Morgen Sonntag:

### Mm. Omptedas

Salon Dressur m. Miniatur-Hunden.

### The orig. Namruys

Die musikalischen Bergsteiger mit ihrer  
Bambus-Orgel, oder der unsichtbare  
Männerchor.

### Paul Coradini

Der beste Grottesque-Humorist.

### Emil Solbrig's Automatus

Die Erlebnisse eines Bauernpaares in  
einer Automaten-Ausstellung.

### Grete Gallus

in ihrem Repertoire.

### 2 soeurs Valencia

Die besten akrobatischen Spitzentänzerinnen  
der Welt.

### Anna Wallenda

Kugel-Equilibristin.

### Gisela Konrad

Preisgekrönte Tyrolienne.

### Optischer Berichterstatter

Neueste Bilderserie.

Vorverkauf bei Sager bis 1 Uhr.

Nachmittags 4 Uhr:

Große Fremden- und

Schüler-Vorstellung

bei ermäßigten Preisen.

# Achtung Kellner und Berufsgenossen. Oeffentl. Versammlung

aller im

Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen  
am Montag, den 23. November 1908

nachmittags 3 Uhr

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße.

Tages-Ordnung:

1. Das Vermittlungswesen im Gastwirtsgewerbe.
2. Freie Aussprache.

Der Einberufer.

# Achtung Hafenarbeiter!

## Versammlung

für sämtliche am Hafen beschäftigten Arbeiter  
am Montag, den 23. November 1908

abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

Die praktische Wirkung der Tarif-  
Verträge in unserm Beruf.

Referent: Verbandsvorsitzender J. Döring-Samburg.

Es sind zu dieser Versammlung die organisierten Hafenarbeiter  
anderer Verbände mit eingeladen.

Der Vorstand.

# Metropol-Theater

Lübeck

Breitestraße, Ecke Huxstraße.

Vornehmstes Etablissement

lebend-tönender Photographien.

### Margarethe, die Tochter des Pfarrers.

Grosses Schauspiel aus dem Leben einer amerikan. Pfarrerrfamilie.

Chinesisches Schattenspiel. Farbenprächtige Verwandlung.

### Für die Heimat.

Grosses italienisches Drama aus dem  
Jahre 1820.

Leben und Treiben in Belgrad. Naturaufnahme.

Wahre Liebe verzeiht alles. Dramat. Lebensbild aus dem Landleben.

Die Frau des Schmiedes. Drama aus dem Mittelalter.

Zu viel des Guten. Humoristisch.

### Der Verbannte.

Aus dem Leben eines Militärsträflings.

Ein adeliger Hofnarr. Hum. Episode aus dem Mittelalter.

Aufgenommen vom Kinematographen. Hum. Situationsbild.

Das Vermächtnis des Goldgräbers. Amerikanische Episode.

### Lehmann hat Pferdefleisch gegessen.

Grosser humoristischer Schlager.

Das Kamel. Hochkomisch.

Donnerwetter, hat die Kräfte! Zum Wälzen.

Bauernmarsch aus der neuesten Operette

„Der fidele Bauer“

und die täglich einlaufenden Neuheiten.

## Moislinger Baum.

Heute Sonntag: Großes Familienkränzchen.

Eintritt frei.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt frei.

Aussicht von ff. Lübecker Vereinsbräu.

Omnibusverbindung ab Lindenplatz.

Peter Rickert.



## Der Kampf der Bäcker und Konditoren um Erringung eines wöchentlichen Ruhetages.

In der nächsten Zeit wird der Reichstag die Novelle zur Gewerbe-Ordnung beraten, welche jetzt in der Kommission eingehender Beratung unterliegt. Der Verband der Bäcker und Konditoren, welcher schon seit Jahren neben einem erfolgreichen Kampf zur Ausrottung des Kost- und Logiswefens beim Arbeitgeber (durch den es mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft erreicht wurde, daß dieses veraltete System des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber zunächst in den Großstädten immer mehr im Verschwinden begriffen ist), auch überall den Kampf zur Erringung eines wöchentlichen Ruhetages ausgenommen hat, ist an den Reichstag mit folgender Petition herangetreten:

Einem hohen Reichstag des Deutschen Reiches erlaube ich die Unterzeichnung, das Ersuchen zu unterbreiten, daß im § 105 e der Reichs-Gewerbe-Ordnung eine ergänzende Bestimmung angefügt wird, welche bestimmt, daß 1. allen Arbeitern, den gelernten wie ungelerten, den Lehrlingen und Angestellten in handwerks- und fabrikmäßigen Bäckereien und Konditoreien — auch solchen Bäckereien und Konditoreien, die als Nebengeschäft des Gastwirts, Müllers oder anderer Gewerbe betrieben werden — jede Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden gewährt wird; daß

2. die untere Verwaltungsbehörde auf Antrag und nach Anhören der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieses Gewerbes bestimmen kann, ob die Ruhepause für diese Arbeiter auf den Sonntag zu verlegen ist, frühestens beginnend am Sonnabend mittag um 12 Uhr und frühestens endigend am Sonntag abend 12 Uhr, und spätestens beginnend am Sonntag morgen um 6 Uhr und spätestens endigend am Montag abend um 6 Uhr; daß

3. überall dort, wo solche Festlegung seitens der unteren Verwaltungsbehörde nicht erfolgt, die vorgesehene 36stündige wöchentliche Ruhepause möglichst abwechselnd jede Woche auf einen anderen Wochentag fallen muß."

Es ist geradezu ein Skandal, daß im Bäcker- und Konditoreigewerbe, in welchem eingestandenemassen die Arbeitsweise eine außerordentlich schwere ist, die erwachsenen Arbeiter und meistens auch die noch in jugendlichem Alter befindlichen Lehrlinge, die sich noch in den Jahren körperlicher Entwicklung befinden und deshalb ausgebeuteten Schutzes vor gesundheitsschädlicher Ausbeutung ganz besonders bedürfen, pro Tag noch 12 Stunden und in der Woche sieben Tage oder meistens Nächte, also in der Woche eine Arbeitszeit von mindestens 84 Stunden haben, während die Arbeiter aller anderen Berufe es längst verstanden hat, durch ihre Organisation sich einen vollständig freien Sonntag, also einen Ruhetag in der Woche, und eine tägliche Arbeitszeit von höchstens neun bis zehn Stunden zu erkämpfen.

Diese gesundheitschädlich lange Arbeitszeit im Bäcker- und Konditoreigewerbe ist durch die Bundesratsverordnung vom 12. März 1896 gestattet, welche es zuläßt, daß täglich 12 Stunden und an 7 Tagen in der Woche gearbeitet werden darf, und welche es außerdem zuläßt, daß die Arbeitgeber an 40 Ausnahmetagen im Jahre die Arbeitszeit bis auf 16 Stunden täglich ausdehnen können.

Schon wiederholt haben die organisierten Arbeiter dieses Berufes bei ihren Lohnkämpfen, in denen es ihnen in erster Linie darauf ankam, die lästige Fessel des Kost- und Logiswefens beim Arbeitgeber abzuschütteln, auch die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt, und damit in einzelnen Städten auch Erfolge erzielt. Aber ungedeuert wurden ihnen diese Kämpfe erschwert durch einen stetigen Hinweis der Arbeitgeber, daß ja in diesem Berufe die Arbeitszeit durch jene Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 geregelt sei, und diese Frage bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausser Acht lassen müsse.

Der große Bäckerstreik im Jahre 1907 in Berlin und seinen Vororten, der durch Parteinahme der organisierten Arbeiterschaft für die streikenden Bäcker zu einem wahren Kampf der gesamten organisierten Arbeiterschaft gegen die rückständigen Bäckermeister und deren noch rückständigeren Innungen wurde, der aber doch der Bäckergewerkschaft ganz bedeutende Erfolge gebracht hat, wurde hervorgerufen, weil die Bäckermeister wöchentlich einen Ruhetag forderten, die Arbeitgeber sich aber in dieser Frage zu keinerlei Zugeständnissen herbeilassen wollten.

Bequemt sich jetzt der Reichstag nicht dazu, nun endlich durch Abänderung des § 105 e der Gewerbe-Ordnung in dem verlangten Sinne den Arbeitern im Bäcker- und Konditoreigewerbe einen wöchentlichen Ruhetag zu gewähren, dann dürften neben den bevorstehenden Lohnkämpfen der Bäcker und Konditoren zur Beseitigung des Kost- und Logiswefens in allen Städten auch noch in den meisten Städten erbitterte Lohnkämpfe entbrennen, weil sich die Arbeiter nicht länger den wöchentlichen Ruhetag vorenthalten lassen wollen.

Wie in so manchen anderen Fragen der Arbeiterchutzgesetzgebung, so hinkt auch Deutschland in dieser Frage hinter allen Staaten Europas einher, denn in Österreich haben die Bäcker und Konditoren bereits seit dem Jahre 1895 durch Gesetz den wöchentlichen Ruhetag bekommen; in der Schweiz ist er ihnen in den Kantons Tessin, Genf und Glarus gesetzlich garantiert; in Italien wurde durch Gesetz im Jahre 1908 die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien vollständig verboten; in Frankreich wurde der wöchentliche Ruhetag für diese Arbeiter durch Gesetz vom Juli 1906 festgelegt; in Großbritannien besteht schon immer für Bäcker und Konditoren die vollständige Sonntagsruhe; Dänemark hat seit 1908 ein Gesetz, welches diesen Arbeitern in jeder Woche einen vollständigen Ruhetag bringt; in Schweden wurde durch einen Schiedspruch des Ministers beim Lohnkampf der Bäcker und Konditoren denselben der vollständig arbeitsfreie Sonntag bis Montag früh 4 Uhr gewährt; in Norwegen besteht seit 24. April 1906 der gesetzlich festgelegte Ruhetag für Bäckereien und Konditoreien, der jede Woche zu gewähren ist und sogar in Finnland haben die Bäcker und Konditoren durch Gesetz vom 1. August 1908 die Beschränkung der wöchentlich zu leistenden Arbeitszeit von 48 Stunden zugestanden bekommen und ihren wöchentlichen Ruhetag.

Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in den Staaten New York, Connecticut, Ohio,

Minnesota und Missouri die Arbeitszeit der Bäcker und Konditoren durch Gesetz auf wöchentlich 60 Stunden beschränkt, und denselben ein wöchentlicher Ruhetag festgelegt.

Alle diese Staaten haben sich veranlaßt gesehen, zum Schutze der Arbeiter in diesen Berufen Schutzgesetze zu erlassen, die denselben in der Woche einen Ruhetag garantieren; nur in Deutschland sollte das nicht möglich sein?

Bereits im Jahre 1905 haben sich die Bäcker in einer großen Reihe deutscher Städte einhellig in ihren Versammlungen durch eine Petition an den Bundesrat des Deutschen Reiches gewandt, in welcher um den Erlaß der jetzt wieder erstrebten wöchentlichen Ruhepause ersucht wurde.

Unmittelbar nach der Einreichung der betreffenden Petition seitens der Gesellen richteten die Bäcker-Innungen ihrerseits Petitionen an den Bundesrat, in welchem sie das Verlangen der Gesellen als undurchführbar bezeichneten und um Ablehnung der Gesellen-Petitionen erluchteten.

Auf dem Germania-Verbandsstage Deutscher Bäcker-Innungen, vom 10. bis 12. August 1908 in Hannover, wurde nun folgende Antwort der Regierung an die Bäckermeister bekannt gegeben:

„Die Eingabe vom 15. November 1907, betr. die Einführung einer 36stündigen Ruhezeit im Bäckergewerbe, ist dem Bundesrat vorgelegt worden.“

Da der Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. Juni d. J. beschlossen, den Eingaben einer Reihe von Bäckergehilfen-Versammlungen um die gesetzliche Festlegung eines 36stündigen Ruhetages bzw. Einführung der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe keine Folge zu geben, sehe ich die dortige Eingabe als erledigt an.

Am Auftrage: gez. Casper.“

Nun haben sich aber seit dem Jahre 1905 die Verhältnisse im Bäcker- und Konditoreigewerbe derart geändert, daß jetzt die Einführung des erstrebten wöchentlichen 36stündigen Ruhetages wesentlich erleichtert wäre.

Nachdem schon seit einer Reihe von Jahren in der Regierungsbezirk Münster in Westfalen die volle Sonntagsruhe in den Bäckereien und Konditoreien zur beiderseitigen Zufriedenheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch eine dahingehende Verordnung des Regierungspräsidenten eingeführt ist, hat unterm 14. Juli 1908 der Regierungspräsident in Düsseldorf folgende Verfügung erlassen:

„Auf Grund des § 105 e der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimme ich hierdurch unter Aufhebung der Verfügung vom 12. Juli 1895 (N.-Bl. S. 268) das Folgende:

1. Vom 1. August dieses Jahres ab treten an Stelle der Bestimmungen unter III. Nr. 1 und 2 der Bekanntmachung vom 18. März 1895 (N.-Bl. S. 127) betreffend Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Bäcker- und Konditoreigewerbe für die Kreise Barmen, Elberfeld, Mettmann, Lennep — mit Ausnahme der Stadt Burg — Remscheid, Solingen-Stadt und Land, Düsseldorf-Land — mit Ausnahme der Bürgermeistereien Ratingen, Rath und Ludenberg — die Kreise Grevelsdorf-Stadt und Land, Kempen, Moers, Geldern, Grevenbroich, M.-Gladbach-Stadt und Land, Rheidt, Essen-Land, Mülheim a. d. R.-Land, Ruhrort und Rees — mit Ausnahme der Stadt Wesel — folgende Vorschriften:

1. In Bäckereien ist die Beschäftigung von Arbeitern nur an folgenden Sonntagen und Festtagen, und zwar während 9 Stunden, gestattet: Neujahr, zweiter Weihnachtstag, Dier- und Pfingsttag, Buß- und Bettag, Simmelsfahrstag, Allerheiligentag, letzter Sonntag vor Nikolaus, vor Weihnachten und vor Neujahr und außerdem zwei im Bedarfsfalle von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Sonntagen.

Bedingung: Jedem Arbeiter ist an den genannten Sonntagen und Festtagen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens 15 Stunden zu gewähren. Der Beginn dieser Ruhezeit ist frühestens von 12 Uhr nachts und spätestens von 9 Uhr morgens ab zu rechnen.

2. In den Konditoreien ist die Beschäftigung von Arbeitern an allen Sonntagen und Festtagen während 8 Stunden unter den zu III. A. 1 und 2 der Bekanntmachung vom 18. März 1895 angegebenen Bedingungen gestattet.“

Wie im Regierungsbezirk Münster, so hat sich auch in den Kreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf die betreffende Verordnung des Regierungspräsidenten recht schnell eingelebt, und heute wird zur Zufriedenheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ebenfalls auch der konsumierenden Bevölkerung, vom Sonnabend zu Sonntag in jenen Kreisen nicht mehr gedacht.

Allerdings hatten in jenen Gegenden aus alter Gewohnheit immer schon eine Anzahl Bäckereien vom Sonnabend zu Sonntag nicht gebacken, und das mag mit dazu beitragen, daß sich alle Beteiligten so schnell an die neuen Verhältnisse gewöhnen konnten. Aber solcher Gegenden gibt es noch verschiedentlich in Deutschland, wo es keine Schwierigkeiten machen würde, durch Verordnungen der Verwaltungsbehörden auch den Arbeitern der Bäckereien und Konditoreien einen freien Sonntag zu verschaffen.

Dagegen haben sich in anderen Gegenden, und besonders in den Großstädten, die Verhältnisse anders entwickelt; dort ist das Publikum daran gewöhnt, auch Sonntags frische Backwaren zu bekommen.

Trotzdem war und ist es sehr leicht möglich, auch in einzelnen dieser Städte den Arbeitern in der Bäckerei und Konditorei einen 36stündigen Ruhetag in der Woche an Stelle der entgangenen Sonntagsruhe zu verschaffen.

Mit 101 Genossenschaften, die eigene Bäckerei und teilweise auch Konditorei eingerichtet haben und in denselben 1374 Bäcker und Konditoren beschäftigten, hat der Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands am 1. August 1907 einen Tarifvertrag abgeschlossen, der neben der 36stündigen Arbeitszeit in kontinuierlichen und der 36stündigen Arbeitszeit in den kleineren, nicht-kontinuierlichen Betrieben nur sechs Arbeitstagen die Woche vorsieht. In diesen Betrieben haben die Arbeiter abwechselnd in jeder Woche eine Ruhepause von mindestens 36 Stunden.

Mit den Bäcker-Innungen von Hamburg-Altona-Wandsbek wurde am 2. April 1907 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der auf 3 Jahre Gültigkeit hat und in seiner Bestimmung 6 folgendermaßen lautet:

„In Betrieben mit 6 und mehr Gehilfen muß den Gesellen ein wöchentlicher Ruhetag gewährt werden. Beurlingte, welche einen Gehilfenposten bekleiden, gelten als Ge-

setlen. In Betrieben mit weniger als 6 Gesellen soll die Einführung eines Ruhetages, sei es wöchentlich oder innerhalb eines weiteren Zeitraumes, der allmählichen Entwicklung überlassen werden, jedoch muß in allen diesen Betrieben den einzelnen Gesellen abwechselnd wöchentlich ein freier Abend gewährt werden, in der Regel bis 12 Uhr.“

Der Jahresbericht der Hamburgischen Gewerbe-Inspektion für das Jahr 1907 konstatiert nun in übereinstimmung mit den Feststellungen des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, daß von 1418 in den Bäckereien des Hamburgischen Gebietes (auch das Landgebiet mit nur ganz minimalen Kleinbetrieben ist mit eingerechnet) beschäftigten Bäckern und Konditoren 898 oder 63 Proz. der Gesamtzahl den 36stündigen Ruhetag in der Woche haben. — Seit dem Ende des Jahres 1907, bis zu dem sich der Bericht nur erstrecken kann, hat die Einführung des wöchentlichen Ruhetages in Hamburg weitere Fortschritte gemacht und in gleicher Weise ist das im Tarifvertragsgebiete Altona und Wandsbek auch geschehen.

Auch in Berlin und dessen Vororten ist es im Jahre 1907 zwischen einer ganzen Reihe von Bäckermeistern und dem Verbande der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands zum Abschluß eines Vertrages gekommen, wonach die Arbeitnehmer solcher Bäckereien alle Wochen in Betrieben mit mehr als 5 Gesellen, alle 14 Tage in Betrieben mit 3 und 4 Gesellen, und alle 4 Wochen in Betrieben mit weniger als 3 Gesellen eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden erhalten müssen. Diese, dem Vertrag angehängten Bäckermeister, die zu einem großen Teile der „Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend“ angehören, haben nun aber schon in wiederholten Versammlungen, zuerst am 8. August 1907, beschlossen, durch eine gesetzliche Festlegung diese Ruhepausen anzustreben.

So finden sich auch einseitige Arbeitgeber, die einsehen, daß es eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist, den Arbeitern in den Bäckereien und Konditoreien den wöchentlichen Ruhetag vorenthalten zu wollen. Und wiederholt mußten die Innungsführer bei Verhandlungen über diese Forderungen erklären, daß auch die Bäcker ein Recht haben, einen Ruhetag in der Woche zu verlangen; aber sie erklärten, daß nach ihrer Meinung derselbe sich zur Zeit ohne Schädigung der Arbeitgeber im Bäckerberufe noch nicht einführen lasse.

Wie in der Begründung der Petition an vielen Beispielen nachgewiesen wird, sind sich alle Ärzte, Sozialpolitiker und die Gewerbe- und Fabrikinspektoren darin einig, daß es ein Gebot der Notwendigkeit ist, zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Bäckereien einzugreifen durch die Gesetzgebung und ihnen den wöchentlichen Ruhetag zu garantieren.

Die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien sind sich auch darin einig, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß auch sie wie alle anderen Arbeiter in der Woche einen Tag haben müssen, an dem sie sich von ihrer schweren Arbeit ausruhen und der Erholung hingeben können.

Aber auch in dieser Frage des Arbeiterschutzes werden in Deutschland nur Fortschritte zu erreichen sein, wenn sich die Bäcker und Konditoren selbst ganz energisch dafür ins Zeug legen, und deshalb ist von ihnen zu erwarten, daß sie alle ihre Gewerkschaftsversammlungen besuchen und sich ihrer Organisation anschließen, die heute schon nahezu an 20 000 Mitglieder in allen Gauen Deutschlands zählt und der es in den letzten Jahren mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft gelungen ist, schon so mancher Verbesserung ihrer bisher so traurigen Arbeits- und Lohnbedingungen durchzuführen!

Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien! Organisiert Euch und vertrittet in Eurer Gewerkschaft energisch Eure Interessen, dann wird es Euch auch möglich werden, Eure Lebenslage menschenwürdiger zu gestalten!

## Aus Nah und Fern.

**Vereinigung der drei Saarstädte.** Die Stadtverordnetenkollegien der Städte Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach haben einstimmig dem von der Kommission für die Vereinigung der Städte angenommenen Vereinigungsvertrage ihre Zustimmung erteilt. Danach werden die drei Städte am 1. April 1909 unter dem Namen Saarbrücken vereinigt werden. Der Bezirk der Stadt St. Johann wird als Saarbrücken-St. Johann und derjenige der Stadt Malstatt-Burbach als Saarbrücken-Burbach bezeichnet werden. Die Einwohnerzahl der neuen Stadt wird 100 000 übersteigen.

**Eine preussische Spitzelgeschichte aus der Schweiz.** Das Züricher „Volksrecht“ enthält eine preussische Spitzelgeschichte, die während der letzten Monate in Zürich spielte. Ein junger Arbeiter namens Walter Grywinski sprach vor kurzem auf der Redaktion vor und gab sich als deutscher Militärflichtling aus, der von der Polizei verfolgt werde. Er suchte Anschluss an die Züricher Anarchisten, unter denen er dann in der Folge eine blutdürstige Agitation entfachte. Bald jedoch traf bei einem der neuen Bekannten ein Brief aus Berlin ein, in dem dieser als Polizeispitzel charakterisiert wurde. Man beobachtete G. S. Treiben nun genau und stellte fest, daß er bald nach dem Eintreffen jenes Briefes aus Berlin ein Telegramm erhielt mit der Weisung, sofort abzureisen, alle Korrespondenzen abzubrechen und seine neue Adresse einzusenden. Die Anarchisten hielten G. jedoch durch allerhand Versprechungen noch eine Zeitlang in Zürich zurück, obwohl neue Telegramme ihn abriefen. Eines derselben hieß: „Grywinski's Brief in unrechte Hände geraten. Gestrige Instruktion befolgen, übermorgen Brief in Winterthur abholen.“ Endlich gelang es den Anarchisten, G. in einem neutralen polnischen Bezirk vor etwa 25 Anwesenden mit der Enthüllung seiner wahren Natur zu überrumpeln und ihn zu einem Geständnis zu bewegen. Man fand bei ihm u. a. ein aufbewahrtes Konzept zu einem Telegramm: Polizeikommissar Hermann, 7. Abteilung (Politische Polizei in Berlin), Berlin. Kongreß Sonntag Amsterdam. Gabe Adresse. Soll hin? Walter 88, einen Briefumschlag mit der Adresse des Polizeibeamten Koch in Berlin, sowie eine Menge Notizen über Versammlungen und Personen aus der revolutionären Bewegung. Grywinski teilte mit, daß die Berliner politische Polizei seine Notlage benutzte, um ihn zu ihrem Dienst zu zwingen.



Sein letzter Auftrag war, in die Schweiz zu reisen zur Verhaftung deutscher Anarchisten. Die Polizei habe ihm geraten, überallhin Karten und Briefe zu schreiben, auf diese Weise bekäme er von den Leuten ständig Nachrichten. Im übrigen habe sie ihm strengstens verboten, mit der schweizerischen Polizei in Verbindung zu treten. Seinen ersten Bericht hat er so ausgeführt, daß er in seinem Brief Bericht über zwei schweizerische Sozialisten erstattete an die preussische Polizei. Die Zürcher Polizei hat es vorläufig in Haft gesetzt.

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Verräter Verrat. — Reform und Revolution. Eine Antwort von N. Kautsky. (Schluß). — Der Kongress in London. Von Ch. Ravoport (Paris). — Owen und Ricardo. Zum 50. Todestag Robert Owens (7. November). Von N. H. Janoff. (Schluß.)

— Grundfähliches zur Reform der Arbeiterversicherung. Von Gustav Hoch (Hanau). — Literarische Rundschau: F. Meinte, Haefels Monismus und seine Freunde. Von A. P. — Zeitschriftenchau. Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 10 und 11: Der Ursprung des Christentums. Von F. Mehring. Der Proletarier in der belgischen Kunst. Von John Schilowski. Die Entwicklung des Weltalls. Von Anton Pannekoek. Richard Dehmel. Von Paul Frölich. Aus der russischen Literatur: Spanin. Von A. Kompert. — Bücherchau: Max Adler, Mary als Denker. Ludo Moritz Hartmann, Theodor Mommsen. Hans Kauter, Erzählungen. Ernst Preussing, Im Strom der Zeit.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ gelangt in den nächsten Tagen die 24. Nummer des 25. Jahrgangs zur Ausgabe. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Was von Engels Kochstuhl“ und „Endows Baumhülle“, sowie die weiteren Illustrationen „Circulus vitiosus“, „Wilows Patient“, „Onkel Eduard“, „Der starke Mann“, „Die volkstümliche Behandlung der Regierungsakten im Kaiserlichen Amt“, „Ein Zukunftsbild“, „Der Blockliberal“, „Erfinder“, „Zirkus Verolina“, „Lorbeer“, „Die Mutter“, „Die tränenlose Justiz“, „Der Herr Schulinspektor“, „Der kleine Bernegrotz“ und „Berliner Freundschaften“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die herrlichen Zeiten“, „Die Blamage“, „Reichskanzlerlied“, „Jordan v. Kröcher aus Henschnibbe“, „Die Nachtkultur“, „Saarbrücken“, „Stoßgebet der preussischen Richter und Staatsanwälte“, „Ein Wahlrechtskampf“, „Die Bastardin von Schloßbein“ von Roda Roda, „Helden“, Zeitungsberichte, „Die heilige Ordnung“, „Mehr Licht“ und außer zahlreichen kleineren literarischen Beiträgen noch die Humoresken „Des jungen Satirikers Klassenauflauf“ und „Die Graupen“. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Mit noch nie dagewesenen Mitteln

sind Kathreiners Malzkaffee-Fabriken von ihrer Konkurrenz angegriffen worden — ein untrüglicher Beweis für die Bedeutung und den Wert des echten Kathreiners Malzkaffees.

Er ist nicht nur als unschädlichster Kaffee-Ersatz, sondern gleichzeitig als vorzüglichster Kaffee-Zusatz zu empfehlen.

Wer Kathreiners Malzkaffee noch nicht kennt, mache einen Versuch.

Nur echt in Paketen mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipp.



**TEE**

neuester Ernte & eigener Einfuhr  
lose und in Paketen.

Gute bis hochfeine Mischungen  
1.20, 1.50, 2.—, 3.—, 4.— u. 5.— Mk. das Pfund.

**Ceylon-Tee**  
1.20, 1.80 u. 2.— Mk. das Pfund.

**Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.**  
Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.  
Ueber 1000 Filialen.

## Verband der Maler.

Sitzale Lübeck.

Alle Kollegen, welche arbeitslos sind, werden aufgefordert, sich im Bureau des Verbandes, Johannesstr. 50-52, abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr und Sonntags von 11-12 Uhr zwecks Arbeitslosenzählung bis zum 23. November 1908 zu melden.

Der Vorstand.

**Sensationell!**

**Panorama**  
Breitestraße 53. I., im Stügel.

**Die Skulpturen**

im Louvre und Luxemburg.  
Museum in Paris.

**Nur für Erwachsene!**

**Stadthallen-Theater**

Sonntag, 22. November, abends 7 1/2 Uhr

**Sherlock Holmes.**

Detectiv-Komödie von Bozenhard.  
Vorverkauf täglich von 11 bis 1 Uhr im Stadthallen-Theater, sowie in den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, und Korb, Mühlentstraße 19.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon Nr. 298.

Sonntag 7 1/2 Uhr. Große Preise!  
Voll-Abonnent. 50.

Ein Walzertraum. Operette von Strauß.

Montag 7 1/2 Uhr. Große Preise!  
Voll-Abonnent. 51. Montag-Abonn. 7.

Der Troubadour. Oper von Verdi.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck. Großes Gala-Saalfest

verbunden mit  
Kunst- und Reigenfahren  
am Sonntag, den 22. November 1908  
in sämtlichen Räumen des Vereinshauses, Johannisstrasse 50-52.  
Auftreten der Kunstfahrergruppe „Edeleweiß“  
und der akrobat. Kunstfahrergruppe „Frisch auf“.  
Kassensammlung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.  
Die Bauesvereine sind hierzu eingeladen.

Neu! **Louisenlust.** Neu!  
Parkett-Fußboden. Parkett-Fußboden.  
Jeden Sonntag: **Grosse Tanzmusik.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.  
Mit dem Harmonika-Orchester „Harmonia“ mit ganz neu angeschafften Instrumenten.  
W. Goe.

**Konzerthaus Friedrichshof.**  
Heute Sonntag: **Grosser Tanz.**  
Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. **Luis Müller.**

## Gesangverein „Eintracht“

# Vortrags-Abend

mit nachfolgendem **BALL**  
am Donnerstag, d. 26. November 1908  
im Heretushaus, Johannisstr. 50-52.  
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Preis der Herrenkarte 30 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Damenkarten sind nur an der Kasse zu haben.  
Mitglieder gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt.  
Der Vorstand.

Karten sind zu haben bei Karl Wittfoot, Düggstraße 18, L. Klein, Düggstraße 94 und im Vereinshaus.  
**J. O. G. T.**

**Winterfest der vereinigten J. O. G. T.-Logen Lübecks**  
am Sonntag, den 22. November 1908  
im Kolosseum.  
Konzert, Theater-Aufführungen und Ball.  
Anfang des Konzertes 6 Uhr, des Balles 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei; einzelne Dame 80 Pfg.  
Der Festausschuss.